

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Vom 1. Oktbr. ab in den Ausgabestellen monatl. 3.50 zt., mit Zustellgeld 3.80 zt. Bei Postbezug monatl. 3.89 zt., vierteljährlich 11.66 zt. Unter Streifband in Polen monatl. 7.50 zt. Danzig 2.50 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blättervorschift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postlesekonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 215

Bromberg, Freitag, den 21. September 1934

58. Jahrg.

Das gezähmte Bolschewien.

Aus den bisher vorliegenden Stimmen der polnischen Presse über den Einzug Sowjetrußlands in den Völkerbund geht hervor, daß man in Polen über diesen Zuwachs der Genfer Institution nicht gerade erbaut ist. Im Zusammenhang mit der nunmehr vollzogenen Tatsache erinnert der Krakauer konservative "Czas" an die einzelnen Phasen, die Sowjetrußland bis zu seinem Eintritt in den Völkerbund durchgemacht hat:

Der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund ist zweifellos ein politisches Ereignis von großer Tragweite und bedeutet eine grundsätzliche Wendung in der bisherigen Politik des kommunistischen Staates. Bis jetzt haben sich die Bolschewisten nicht allein vorsätzlich von der übrigen Welt ferngehalten, sondern gleichzeitig überall, wohin sie reichen konnten, eine kriegerische Propaganda für ihre Doktrinen getrieben, mit der Absicht, eine allgemeine Revolution hervorzurufen, die alle bürgerlichen Volksgemeinschaften umfassen sollte. Diese Periode des rücksichtslosen Kampfes wurde jetzt abgeschlossen. Russland verpflichtet sich, indem es freiwillig das Völkerbund-Statut annimmt, zu einer loyalen, friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkerbundmitgliedern, d. h. es muß auf alle Versuche der Aktion verzichten, die sich gegen die gegenwärtige Ordnung der Dinge richten. Von nun an wird jede, auch halbamtliche Unterstützung von kommunistischen Anschlägen in fremden Ländern schon als eine Verleumdung des Völkerbundstatuts gelten und kann vor dem Genfer Forum verklagt werden. So bedeutet denn auch für die europäischen Kommunisten der Eintritt Bolschiwiens in den Völkerbund eigentlich einen empfindlichen Schlag, den sie besonders in den nächsten Jahren direkt spüren werden, da Russland sicher (?) die übernommenen Verpflichtungen loyal erfüllen will, um sich dem Vorwurf einer doppelseitigen Politik nicht auszusetzen.

Die Gründe für die neueste Orientierung der Sowjets sind verschieden und recht kompliziert. Maßgebend war hier zweifellos auch der Wille, Japan, dem gefährlichsten Gegner, Schach zu bieten, aber ausschlaggebend waren Rückblicke der internationalen Politik. Als nach Hitlers Machtübernahme das Bündnis mit Deutschland jeden Wert verloren hatte, war Russland vollkommen isoliert und verlor jeden Einfluß auf die Entwicklung und Gestaltung der internationalen Beziehungen. Es zeigte sich bald, daß der große Staat eine solche Isolation nicht ertragen konnte, daß Russland, außerhalb der zivilisierten Welt stehend, geraden Wegs einer Generalkatastrophe entgeging. Hat doch sogar Großbritannien schon längst auf seine stolze splendide Isolation verzichtet, die ihm, wenn an ihr konsequent festgehalten wird, nur einen empfindlichen Schaden aufzugehen könnte, — und was soll man erst von Russland sagen, dessen Wirtschaftslage um so viel schwerer und bedrohlicher ist! Einen Ausweg aus dem hoffnungslosen Hohlpasß, in dem es sich befand, kann Russland nur mit Hilfe Europas in der Form eines normal gestalteten Wirtschaftsaustausches und ergiebiger Kooperation erlangen. Diese Vorteile aber können lediglich unter der Bedingung der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen mit anderen Ländern und des Verzichts auf jeglichen Gedanken an kriegerische Abenteuer erreicht werden. Mit dem Eintritt in den Völkerbund gibt Russland die notwendigen Garantien und schafft sich die Möglichkeit, sie in naher Zukunft zu diskontieren. Der letzte Schritt Russlands ist daher als eine weitere Erscheinung einer friedfertigen Stimmung dieses Staates zu verstehen.

Der Hauptpatron Russlands in dessen Bemühungen um den Eintritt in den Völkerbund war Frankreich, das aus Beweggründen des eigenen Interesses und zur Erhaltung des sinkenden Ansehens des Völkerbundes handelte. Es wiederholte sich jetzt die Lage aus der Zeit nach dem Jahre 1871, da das durch den verlorenen Krieg sehr geschwächte Frankreich, voller Befürchtungen um seine Zukunft, Bundesgenossen zu suchen begann, die es vor einer neuen deutschen Invasion schützen würden. Eine Annäherung an England, wo noch die Traditionen Pitts und der napoleonischen Kriege herrschten, und wo die enge Neutralität Gladstones eine breitere Kontinentalpolitik aussloß, kam vorläufig nicht zustande. Damals erfolgte die bekannte Wendung nach Russland, die Frankreich zwar viel kostete, ihm aber eine vorzügliche Stärkung gegenüber den Aspirationen Deutschlands brachte. Der Standpunkt Englands erfuhr später eine grundsätzliche Änderung zur Zeit der Regierung Eduard VII. und so kam die Entente zustande, die den großen Krieg gewann. (Die "Entente" gewann den Krieg nicht; denn Russland ging dabei zu Bruch. D. R.)

Nach dem Sturz des zaristischen Regimes entglitt der russische Triumph den französischen Händen, und dann begann die Periode der Bemühungen, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Diese Periode erreichte ihren Kulminationspunkt in der Begegnung Briands und Stresemanns in Thoiry. Dies war aber nur eine vorübergehende Klärung des französisch-deutschen Horizonts. Schon die Veröffentlichung der Erinnerungen Stresemanns versetzte dem Pazifismus der französischen Radikalen einen empfindlichen Stoß; aber erst der über-

Reichsaufßenminister Freiherr von Neurath über die beiden Hauptpunkte des deutschen außenpolitischen Programms.

Am Mittwoch nachmittag versammelten sich die Teilnehmer am VII. Internationalen Straßenkongress im Reichstagsitzungssaal der Komödie in Berlin zu einer feierlichen Schlussfeier. Dabei nahm

Reichsaufßenminister Freiherr von Neurath das Wort zu folgenden Ausführungen:

"In der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, haben wir ein besonderes Interesse daran, daß sich urteilsfähige Persönlichkeiten, die, wie Sie, gewohnt und gewillt sind, den Blick auf Realitäten zu richten, zu uns kommen und sich an Ort und Stelle ein unmittelbares Bild von den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Zuständen in unserem Lande zu machen.

Wir glauben ein gutes Recht zu haben, zum Beweise der Richtigkeit der Politik unserer Staatsführung auf die bisherigen Erfolge der nationalsozialistischen Regierung hinzuweisen. Niemand kann an der einfachen Tatsache drehen und deuteln,

dass rund 4½ Millionen Arbeitsloser nach jahrelanger Arbeitslosigkeit wieder an ihre Arbeitsplätze gebracht worden sind.

Die deutsche Landwirtschaft befindet sich ganz offensichtlich nach schwerer Krisenzeit auf dem Wege der wirtschaftlichen Gesundung. Die deutsche Industrie ist gleichfalls auf dem Wege der Gesundung. Mit anderen Worten: Unser Binnenmarkt ist jetzt in Ordnung. Nicht in Ordnung ist freilich unser Außenmarkt, d. h. die deutsche Wirtschaft, soweit sie nicht von uns allein, sondern mit vom Ausland abhängt. Wir sind überzeugt, wir werden auch die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Außenmarktes überwinden.

Wenn Volk und Regierung eines Landes ihre Kräfte in solchem Maße für die innere Neugestaltung einsetzen, wie das in Deutschland der Fall ist, dann wird dadurch

die Verfolgung aller Ziele imperialistischer Art

nach außen von selbst ausgeschlossen.

Das Fundament, auf dem die Regierung ruht, ist nicht so beschaffen, daß sie, um ihre Macht im Innern zu stabilisieren, zu den Mitteln einer Erfolgspolitik nach außen hin greifen müßte.

Auf dem außenpolitischen Programm stehen im Grunde nur zwei Punkte, in denen wir mit positiven Forderungen an die anderen Regierungen herantreten,

und auf deren Erfüllung wir bestehen müssen: die Forderung in der Frage der militärischen Rüstungen als gleichberechtigtes Land behandelt zu werden, und die Forderung, die bevorstehende Regelung der Saarfrage so durchgeführt zu sehen, wie das dem Gebot politischer Vernunft und den geltenden Vertragsbestimmungen entspricht. Wenn diese oder jene Regierung die Gleichberechtigung Deutschlands noch glaubt in Zweifel stellen oder von besonderen Vorleistungen und Garantien abhängig machen zu können, so ist das für uns ein indiskutabler Standpunkt. Es läuft darauf hinaus, daß man Deutschland noch immer als einen Staat in inneren Rechts behandel will, und daß man ihm das Eingeständnis zumutet, durch seinen bloßen Willen zur Gleichberechtigung ein Herd der Unruhe und womöglich der Kriegsgefahr zu sein. Genau umgedreht: ein Staat, der seine Grenzen nicht verteidigen kann, ist nicht nur kein selbständiger und unabhängiger Staat, sondern ist, wenn er mit ringsum offenen Grenzen inmitten hochgerüsteter Staaten liegt, gerade dadurch ein Anreiz für eine gefährliche Politik anderer Länder.

Als die Reichsregierung vor einem Jahre den Entschluß zum Austritt aus dem Völkerbunde faßte, hat sie das nicht getan, weil sie sich größere politische Bewegungsfreiheit hätte verschaffen wollen, oder weil sie an sich der politischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten abgeneigt wäre. Es ist lediglich geschehen, weil das unentbehrliche Fundament solcher Zusammenarbeit, die Gleichberechtigung, fehlte.

Deutschland steht wohl nicht allein mit der Ansicht, daß die Institution des Völkerbundes

wältigende Sieg des Hitlerums öffnete ihnen die Augen. Die Verständigung mit Deutschland schien unreal und unmöglich; man kehrte also zu der vorwiegend Taktik zurück und begann erneut einen Stützpunkt in Russland zu suchen. Der grundsätzliche Schritt nach dieser Richtung hin ist gerade der Eintritt Bolschiwiens in den Völkerbund, der den Sowjets die Fähigkeit gibt, normale Bündnisse abzuschließen. Und dieser Grund bewog Frankreich zu der so verbissenen russenfreundlichen Aktion auf dem Genfer Gebiet. Welche Rolle das Verhältnis zu Polen bei allen diesen Kombinationen gespielt hat, davon ist es besser, noch zu schweigen.

Und doch wird Litwinow als Vorsitzender des Völkerbundrates, also in der Rolle des höchsten Symbols der Verbrüderung der Völker, für viele Europäer eine komische und unverständliche Erscheinung sein!

durch ihr völliges Versagen in der Abrüstungsfrage in ihren Grundpfeilern erschüttert worden ist.

Wir glauben, daß es einschneidender Reformen bedürfen würde, um den Völkerbund zu dem zu machen, was er nach seinem Statut sein sollte, zu einem wirklich brauchbaren Friedensinstrument. Durch die bloße Rückkehr früherer oder den bloßen Beitritt neuer Mitglieder werden sich seine schweren Mängel nicht heilen lassen. Das gilt auch von dem jetzt vollzogenen Eintritt der Sowjetunion, einem sicherlich höchst interessanten Akt der politischen Entwicklung, zu dessen Bewertung wir allerdings nach unserem Austritt aus dem Völkerbund kein Recht mehr in Anspruch nehmen, wenn wir es auch an sich als richtig ansehen, alle Staaten zur Mitarbeit an den internationalen Aufgaben heranzuziehen.

Der grundlegende Gesichtspunkt der Gleichberechtigung hat seinen Einfluß auch auf unsere Stellungnahme zu einem anderen Problem gehabt, das in den letzten Wochen viel erörtert worden ist: das ist

das französisch-sowjetische Projekt des Ostpakts

oder, wie manche ihn zu nennen wünschen, des Nordostpakts. Man schlägt uns die Beteiligung an einem Paktsystem vor, durch das zehn Staaten verpflichtet werden sollen, sich im Kriegsfall sofort mit allen militärischen Kräften zu unterstützen. Gleichzeitig erklärt man in aller Offenheit und Bestimmtheit, daß unser Beitritt zu diesem Paktsystem natürlich nicht etwa die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Rüstungsgebiete in sich schließe, sondern daß man höchstens nach Inkrafttreten des Systems überlegen könne, ob und in welcher Weise es etwa möglich sei, die internationale Behandlung der Rüstungsfragen wieder aufzunehmen. Konnten die beteiligten Regierungen wirklich im Ernst annehmen, daß Deutschland in der Lage sei, sich auf eine solche Zustimmung einzulassen?

Auch bei der internationalen Diskussion über die Regelung der Saarfrage

scheint man vielfach den Ursprung und Kern des Problems aus den Augen verloren zu haben. Im Saargebiet wohnt seit mehr als 1200 Jahren eine rein deutsche Bevölkerung. Was die Höhe betrifft, so genügt die Feststellung, daß die nordfranzösischen Gruben schon im Jahre 1925 mehr als in der Zeit vor dem Krieg fördern konnten, und daß Frankreich — ganz abgesehen von den über Reparationsfonds laufenden deutschen Abholleistungen, die schon allein einen mehr als vollen Ersatz des ganzen Förderungsaufwands der nordfranzösischen Gruben darstellen — aus den Saargruben von 1920 bis heute rund 180 Millionen Tonnen beziehen konnte, während sein durch den Krieg verursachter Förderungsaufwand nur 70 Millionen Tonnen betrug.

Die Volksabstimmung, die in wenigen Monaten stattfindet, wird es ohne Zweifel für alle Welt offenkundig machen, wie ungerecht und unnatürlich die Regelung von 1919 war. Im Zusammenhang mit der Abstimmung und der Beendigung des gegenwärtigen Regimes wird eine Reihe von Einzelfragen zu regeln sein, wie zum Beispiel die

Rückübertragung der Kohlengruben an Deutschland, die Währungsfrage, die Wiedereinführung der deutschen Verwaltungen usw. Das sind rein technische Fragen, die das politische Grundproblem und seine Lösung nicht berühren. Wenn man jetzt versucht, alle möglichen Schwierigkeiten in den Vordergrund zu stellen, die mit der Rückgliederung des Gebietes an Deutschland verbunden seien, so sollte man doch bedenken, daß diese Schwierigkeiten, so weit sie überhaupt bestehen, nur eine Folge des unmöglich, nicht von Deutschland und nicht vom Saargebiet verabschiedeten bisherigen Zustandes und seiner endlichen Beseitigung sind. Im übrigen sind aber alle diese Schwierigkeiten schon deshalb leicht zu überwinden, weil der Versailler Vertrag selbst die klaren Richtlinien zu ihrer Lösung enthält. Man sollte aber nicht Regelungen dieser oder jener Art diskutieren, die auf eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität in der Zukunft hinauslaufen würden. Dafür bietet der Versailler Vertrag keinerlei Handhabe.

Es würde dem Wesen und dem Sinn der Volksabstimmung widersprechen, wenn man im Saargebiet ein anderes Regime aufrichten wollte als das, für das sich die Bevölkerung entscheidet. Ich hoffe, man wird auch bei den anderen beteiligten Stellen erkennen, daß solche Pläne, denen wir niemals unsere Zustimmung geben könnten, nicht nur dem Vertrag widersprechen, sondern daß ihre Verwirklichung auch ein politischer Fehler wäre, der für die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen die nachteiligsten Folgen haben müßte."

Stärker noch, als der sehr lebhafte Beifall, den die Rede des Reichsaufßenministers fand und in dem sich dokumentierte, daß sein Appell an die Versammlung nicht umsonst geblieben war, brachten die nachfolgenden Dankestworte der einzelnen Delegationen zum Ausdruck, daß der Kongress weit über seine unmittelbare technische Zweckbestimmung hinausgewachsen war.

Der Fall Pant.

Vom Zentralausschuss der Deutschen in Polen erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

In Nr. 31 und 32 des „Deutschen in Polen“ versucht das genannte Organ eine falsche Darstellung des Verlaufs der Sitzung des Zentralausschusses vom 23. August 1934, auf welcher der Ausschluß des Herrn Senator Dr. Pant erfolgt ist, zu geben.

Zur Klärstellung der Dinge veröffentlicht der Zentralausschuss folgenden Briefwechsel:

„Deutsche Christliche Volkspartei.“

Kattowitz, 28. 8. 34.

Herrn

Senator Hassbach

Hermanowo, Kr. Stargard.

Der „Zentralausschuss der Deutschen in Polen“ hat eine in seiner Sitzung vom 23. August 1934 gefasste Entschließung veröffentlicht, wonach er eine Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Deutschen Christlichen Volkspartei, Senator Dr. Pant, als dem geistigen Träger des „Der Deutsche in Polen“ ablehnt, weil die Haltung dieses Blattes „das nationale Empfinden des deutschen Volkes verletzt“. In der Aussprache, die der Entschließung vorangegangen war, wurde ausgeführt, daß „die Mitarbeit mit einem Deutschstumührer, der den Nationalsozialismus nicht bejaht, unmöglich“ sei.

Diese Begründung steht im Widerspruch zu der bisherigen Einstellung des Zentralausschusses zum Nationalsozialismus.

Der Vorstand der Deutschen Christlichen Volkspartei hat in seiner Sitzung vom 25. August 1934 dem Parteivorsitzenden einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Der Parteivorsitzende verwahrt sich dagegen, daß der Zentralausschuss von seinen Mitgliedern — und damit von der deutschen Minderheit in Polen — die Bejahung von Grundsätzen verlangt, die im Widerspruch zur christlichen Weltanschauung stehen.

Mit der Entschließung vom 23. August 1934 hat „der Zentralausschuss der Deutschen in Polen“ sich einseitig auf ein Parteiprogramm festgelegt und damit aufgehört, die Vertretung des Gesamtdeutschstums in Polen zu sein.

Der Vorstand

ges. i. A. Janischowski.

„Zentralausschuss der Deutschen in Polen.“

Hermanowo, 1. 9. 34.

An die Deutsche Christliche Volkspartei

in Kattowitz.

Zum Schreiben vom 28. vor Monats.

Die Begründung, die Sie in Ihrem Schreiben für die Entschließung des Zentralausschusses Herrn Sen. Pant gegenüber anführen, entspricht nicht den Tatsachen. Der Zentralausschuss hat durch den Mund seines Vorsitzenden Herrn Dr. Pant gegenwärtig zweimal ausdrücklich erklärt, daß diese Entschließung nicht erfolgt sei, weil Herr Senator Dr. Pant den Nationalsozialismus ablehnt, sondern weil, wie Sie selbst richtig zitieren, die Haltung des Herrn Senators Dr. Pant im „Der Deutsche in Polen“ dessen geistiger Träger er ist, dem Nationalsozialismus gegenüber das nationale Empfinden der deutschen Bevölkerung in Polen verletzt.

Der Vorsitzende betonte ausdrücklich, daß für die Zugehörigkeit zum Zentralausschuss nicht die Weltanschauung maßgebend sei, sondern daß jeder deutsche Mann, der seinen Pflichten dem Deutschland gegenüber bei uns im Lande nachkomme, willkommen sei, also auch wer nicht auf dem Boden der Nationalsozialistischen Weltanschauung stehe.

Der Vorsitzende

ges. Hassbach.

Mit der Veröffentlichung der beiden vorstehenden Briefe ist für den Zentralausschuss die Angelegenheit erledigt. Der Zentralausschuss wird auf weitere Polemiken des „Der Deutsche in Polen“ in dieser Angelegenheit nicht mehr eingehen.

Bekanntmachung des Zentralausschusses der Deutschen in Polen.

Ab 1. Oktober befindet sich das Bureau des „Zentralausschusses der Deutschen in Polen“ in Warschau (Warszawa, ul. Piękna 18, Wohnung 6, 2. Stock, Fernsprecher 8—41—50). Sprechstunden vorläufig 16 bis 18 Uhr.

In dringenden Fällen ist die Sekretärin des Zentralausschusses, Frau Pahl-Binkowski außerhalb der Sprechstunden unter Fernsprechnummer 8—16—14 oder in den Vormittagsstunden im Sejm, Deutscher Club, zu erreichen.

Allen deutschen Volksgenossen und Organisationen in Polen, die Anliegen an die Zentralbehörden, Ministerien u. dgl. in Warschau haben, wird die Benutzung des Bureaus empfohlen. Die polnische Anschrift lautet: Centralna Delegacja Niemców w Polsce, Warszawa, Piękna 18/6.

Der Westmarken-Verein

ändert Namen und Sitz.

Der Oberste Rat des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken“ hat unter dem Vorsitz des früheren Ministers Dr. Trzciński eine Tagung in Katowice abgehalten, in der eine neue Satzung für den Verband beraten und angenommen wurde. Die Satzung soll einer auf den 18. und 19. November nach Warschau einzubringenden Delegiertenversammlung vorgelegt werden. Sie enthält u. a. eine Änderung des Namens des Verbandes, der in Zukunft nur „Polnischer Westverband“ heißen soll. Der Sitz des Hauptvorstandes soll von Polen nach Warschau verlegt werden.

Die Versammlung nahm ferner einstimmig eine Entschließung an, in welcher das Auftreten des polnischen Außenministers Beck in Genf gegen den Polen einseitig verpflichtenden Minderheitenvertrag vom 18. Juni 1919 bestätigt und erklärt wird, daß Polen sich mit dem bisherigen Zustand der Benachteiligung auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes gegenüber anderen Staaten nicht abfindet, sondern vielmehr nur eine allgemeine und gleiche Regelung des Minderheitenschutzes für alle Staaten als gerecht und gerecht anerkennen könne. In der Durchsetzung

dieses Standpunktes vor dem Forum des Völkerbundes sieht man die natürliche, begründete und notwendige Bestätigung der Souveränität Polens. Die Polnische Regierung kann in ihren Bestrebungen in dieser Richtung auf die Unterstützung der gesamten polnischen Volkgemeinschaft rechnen.

und Auskunftsburgen eröffnet. Die Diskussion zeigte, daß die polnischen Genossenschaften trotz der herrschenden Schwierigkeiten sich nicht allein lebensfähig halten, sondern sich darüber hinaus auch entwickeln.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die während der Führungnahme von Landwirtschaftsvertretern beider Länder im Mai dieses Jahres angeknüpft wurden, dann aber im Hochsommer in den Schwierigkeiten stecken blieben, sind in der letzten Woche wieder aufgenommen worden. Von deutscher Seite möchte man bekanntlich den Abschluß eines Kompensationsabkommen über zusätzlichen Warenanstansch. Auf polnischer Seite besteht, wie man aus Darlegungen der offiziellen Organe des Handelsministeriums entnehmen kann, der Wunsch, damit die Herstellung eines Verkehrsverkehrs zu verhindern, der die vollständige Deckung der polnischen Forderungen in Deutschland auch in Zeiten einer gehemmten Devisenzuteilung durch die Reichsbank sichern soll. Daß die Erfüllung dieses Gesetzes Schwierigkeiten machen muß, liegt nahe, doch darf man es als günstiges Zeichen betrachten, daß die Verhandlungen jetzt von neuem intensiv wieder aufgenommen werden sind.

Sowjetrußlands erste Erfolge in Genf.

Zurückhaltung in Japan.

Die Annahme der Sowjets in den Völkerbund wird von der japanischen Presse mit großer Zurückhaltung besprochen. Die große japanische Tageszeitung „Mitsubishi“ schreibt: „Die Teilnahme Sowjetrußlands im Völkerbund ist mehr ein deutsches, denn ein ostasiatisches Problem. Es wird sehr schwer sein, Moskau mit Genf zu verschmelzen. Japan wird den Lauf der weiteren Ereignisse, die zweifellos sehr interessant sein werden, mit Aufmerksamkeit verfolgen“.

„Mitsuko“, das Organ der japanischen Militärkreise, meint, die Sowjets haben mit dem Eintritt in den Völkerbund mehr gewonnen als der Völkerbund und die ihn unterstützenden Staaten. Für Japan sei der Eintritt der Sowjets in den Völkerbund bedeutungslos, da man nicht damit rechnen könne, daß sich der Völkerbund nach dem Eintritt der Sowjets in irgend einer Art in Fragen der ostasiatischen Politik engagieren wird.

Rußland will den Kellogg-Pakt mit Sanktionen ausstattan

Nach einer Meldung, die aus Kaiser Dresen in Wien verbreitet wird, trägt sich Sowjetrußland mit dem Plan, im Völkerbund einen Antrag dahingehend einzubringen, den Kellogg-Pakt mit Sanktionen auszustatten, da seine Bestimmungen nach der Meinung Sowjetrußlands eigentlich eine allzu einseitige Bedeutung hätten. Der Kellogg-Pakt müßte auf die Weise umredigiert werden, daß jeder Signatar dieses Paktes im Falle der Verletzung seiner Bestimmungen denselben Sanktionen unterliegen müßte, wie die Völkerbundmitglieder, die gegen das Statut des Völkerbundes austreten.

Wenn der Völkerbund nach Wien übersiedelt...

Paris, 20. September. (PAT) Das „Oeuvre“ berichtet, daß im Falle der Verlegung des Sitzes des Völkerbundes nach Wien die Schweizer Regierung bereit sei, die 30 Millionen Schweizer Franken, die für den Bau des Palastes des Völkerbundes verausgabt worden sind, zurückzuzahlen.

Dreierausschuß für den Fall Pleß.

Auf der Tagesordnung der Völkerbundssitzung am 19. September stand die Angelegenheit des Fürsten Pleß wegen der drohenden Liquidation seiner Güter. Die Frage wird einem Dreier-Ausschuß, bestehend aus den Vertretern Spaniens, Australiens und Mexikos, überwiesen und wird zunächst den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Regierungen bilden.

Die Frage des Waffeneinfuhrverbots gegenüber Polen und Paraguay wurde vom Rat an die politische Kommission überwiesen.

Der Polenbund tagt in Berlin.

In der vergangenen Woche fand in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung der polnischen Zentralorganisationen statt, zu der Delegierte aus ganz Deutschland erschienen waren, um gemeinsam über die politische und wirtschaftliche Lage der polnischen Bevölkerung in Deutschland zu beraten. Der Vorsitzende, Pfarrer Domański aus Bialystok, Kreis Płock, wandte sich an die anwesenden Delegierten mit dem Appell, in der Arbeit nicht nachzulassen. Dank dem allgemeinen Verständnis der schwierigen Lage habe sich die politische Organisation noch mehr gefestigt. Zum Vorsitzenden des Polenbundes in Deutschland wurde einstimmig Pfarrer Dr. Domański wiedergewählt. Die Wahl des Vizevorsitzenden fiel auf Stefan Szczepaniak aus Ratibor. Aus den Wahlen zum Obersten Rat gingen hervor die Herren Juszczak aus Breslau, Lobecki, Paszkowiak, Maleński aus Allenstein und Budryk. Die Generalversammlung beschloß einige Änderungen in den Satzungen des Polenbundes.

Unmittelbar nach dieser Versammlung fand eine Sitzung des neuen Obersten Rates des Polenbundes in Deutschland statt, wobei Dr. Jan Kaczmarek zum Hauptgeschäftsführer des Polenbundes in Deutschland wiedergewählt wurde. Am gleichen Tage tagten im polnischen Hause in Berlin die polnischen Schulvereine, deren Vorsitzender Direktor Szczepaniak ein Referat über die gegenwärtige Lage des polnischen Schulwesens in Deutschland hielt. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, an die polnischen Eltern und vor allem an die Mitglieder der polnischen Organisationen zu appellieren, daß sie ihre Kinder in die polnischen Schulen schicken möchten. Gleichzeitig berieten in Berlin die Delegierten der polnischen Volksbanken und anderer Genossenschaften. Der Genossenschaftsverband bemüht sich um die Erlangung eines eigenen Revisionsrechts; zu diesem Zweck wurden einige Unterredungen mit maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft geführt. Außerdem wurde ein eigenes Rechts-

und Auskunftsburgen eröffnet. Die Diskussion zeigte, daß die polnischen Genossenschaften trotz der herrschenden Schwierigkeiten sich nicht allein lebensfähig halten, sondern sich darüber hinaus auch entwickeln.

Madrid, 20. September. (DNB) Über den vor kurzem aufgedeckten Waffenschmuggel der spanischen Marxisten und ihre Umsturzpläne brachte die Madrider Zeitung „Informaciones“ am Montag auffallende Nachrichten, die von anderen Rechtsblättern der Hauptstadt im Laufe des Dienstag aufgegriffen wurden.

Den „Informaciones“ zufolge hatten die Marxisten einen völlig durchgearbeiteten Plan, wonach die Revolution am Tage der Überführung der beiden z. B. der Monarchie im Jahre 1930 erschöpften revolutionären Offiziere Galan und Hernández nach Madrid ausbrechen sollte. Der Hauptstich war festgesetzt für den Augenblick der öffentlichen Trauerfeier, an der der Staatspräsident und sämtliche Kabinettsmitglieder teilnehmen sollten. Angesichts einer erhofften Teilnehmerzahl von 300 bis 400 000 Arbeitern, die zum größten Teil bewaffnet sein würden, sollten der Staatspräsident und die gesamte Regierung ermordet werden. Dies wäre das Zeichen gewesen für die offene Erhebung der anwesenden Arbeitermassen, die den Leiter der „Allgemeinen Arbeiterunion“ den ehemaligen sozialdemokratischen Minister Largo Caballero — auch „der spanische Lenin“ genannt — zu ihrem Führer ausgerufen hätten. Dieser war beauftragt, dann sofort die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Spanien zu erklären.

Das genannte Blatt schreibt, diese Pläne seien der Regierung bekannt gewesen, weshalb sie die Überführung der sterblichen Überreste der beiden „Märtyrer der Revolution“ nach Madrid und ihre feierliche öffentliche Beisetzung in der Hauptstadt zunächst verhindert und dann endgültig verboten habe. Im Zusammenhang mit der gerichtlichen Untersuchung des Waffenschmuggels wurde die Verhaftung von zwei portugiesischen Staatsangehörigen bekanntgegeben. Einer der beiden Verhafteten ist ein ehemaliger portugiesischer Minister, der dem heutigen Regime in Portugal feindlich gegenübersteht und angeblich umsturzlerische Absichten hat. Auch die in Verbindung mit diesen Verhaftungen aufgetauchten Preisvermutungen, wonach spanische Politiker der Linken die portugiesischen Revolutionspläne gefördert und durch Waffensicherungen unterstützt hätten, sind bisher ohne Dementi geblieben.

Die Regierung hat eine strenge Überwachung der Grenze angeordnet und zwei Torpedobootzerstörer an die Küste von Asturien beordert. Diese Kriegsschiffe haben den Auftrag, den in dem aufgedeckten Waffenschmuggel beteiligten Dampfer „Turquesa“ aufzubringen, der sich angeblich noch in den nördlichen Gewässern aufhalten soll.

Das Wunder von Neapel.

Das Blut des St. Januarius wird flüssig

Aus Neapel wird gemeldet:

Während des Bittgottesdienstes, der heute vormittags für die italienische Kronprinzessin, die ständig die Geburt eines Thronfolgers erwartet, in der von Gläubigen bis in die letzte Nische dicht gefüllten Kathedrale zelebriert wurde, gerieten die ergossenen Massen in tiefe religiöse Ekstase, als sich um 10 Uhr 3 Minuten das geronnene Blut des Schutzheligen St. Januarius verflüssigte.

Das Blut, das in einer Phiole aufbewahrt wird und mit dem in Verbindung mit einer heiligen Handlung in jedem Jahr einmal dieser symbolische Umwandlungsprozeß vorgenommen wird, schmolz sehr schnell, was von der gläubigen Menge als gutes Omen für eine leichte und glückliche Geburt angenommen wurde.

Dies hoffnungsvolle Vorzeichen versetzte die Tausende von frommen Betern in wilde Begeisterungsräume.

Sie umarmten einander oder stützten, von Dankbarkeit über dies sichtbare Zeichen der göttlichen Gnade für ihre Kronprinzessin ergriffen, auf die Knie und beteten in eifriger Hingabe.

Zur gleichen Stunde, auf die Bekündung des wunderbaren Ereignisses hin, gaben die Geschütze in den Forts und die Kompanien der Garnison donnernde Salven ab; in das Dröhnen und Klirren der Kirchenglocken mischten sich die hellen, scharfen oder dumpfen Töne der Sirenen von allen Fabriken, den Schiffswerften und den im Hafen vor Anker liegenden Dampfern. In den Straßen fielen sich fremde, von Rührung über das gute Omen ergriffene Menschen in die Arme und küssten sich. Ununterbrochen zieht ein Menschenstrom in die Kathedrale, die seit Mitternacht geöffnet ist, um die Heiligen anzuflehen, der Kronprinzessin in ihrer schweren Stunde beizustehen.

Feuer

im Gebäude des „Bölkischen Beobachter“.

In dem Gebäude des ehemaligen Arbeitsgerichts in Berlin, Zimmerstraße 90/91 entstand ein Dachstuhlbrand, der sehr rasch auf das Bordergebäude und die beiden Quergebäude übergriff. Das Gebäude gehört dem Franz Eher Verlag. Es sind dort die Bureauräume des „Bölkischen Beobachter“ des „Angriff“ und der NSD untergebracht. Das Feuer fand an den Altbaubeständen und dem Archivmaterial reiche Nahrung. Nach einer Stunde war der Dachstuhlbrand eingekreist. Damit war das Übergreifen der Flammen auf weitere Teile des Gebäudes verhindert. Die Ursache des Schadenfeuers konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. September 1934.
Krakau — 2,58 (+ 2,52), Jawischost + 1,76 (+ 1,84), Warschau + 1,90 (+ 2,04), Błock + 1,49 (+ 1,65), Thorn + 1,65 (+ 2,23), Gordon + 2,05 (+ 2,38), Culm + 1,97 (+ 2,34), Graudenz + 2,23 (+ 2,76), Kurzebrat + 2,9 + 3,12), Bielitz + 2,30 (+ 3,00), Dirschau + 2,45 (+ 3,18), Einlage + 2,48 (+ 2,82), Schwerinhorst + 2,46 (+ -).

(In Klammern die Meldung des Vortages.)
Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einsätzen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. September.

Wechselnde Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung, jedoch ohne wesentliche Änderung des bisherigen Witterungscharakters an.

Die Forscher.

In einigen Staaten Amerikas regnet es nicht mehr. Es ist nicht bloß eine gewöhnliche Trockenheit, sondern es hat einfach aufgehört zu regnen. So ungewöhnliche Tatsachen sind immer eine wunderbare Gelegenheit für Forscher, ihren Scharfsinn zu zeigen. So haben sich eine ganze Reihe von Gelehrten auf den Regen, der nicht mehr fällt, gestürzt, um die Ursache festzustellen, warum er nicht mehr fällt.

Ein Botaniker stellte fest, daß in den Tropengebieten ganz besonders viele Disteln wachsen. Er zögerte keinen Augenblick, die Disteln in Zusammenhang mit der Trockenheit zu bringen. Der einzige Zusammenhang, in dem ein Forscher etwas mit etwas bringen kann, ist der Kausalzusammenhang. So bedurfte es keines besonderen Nachdenkens für den Botaniker mehr, um zu der Feststellung zu gelangen, die Disteln seien die Ursache der Trockenheit.

Nun gibt es aber keine einzige wissenschaftliche Behauptung, zu der man nicht einen Forscher holen könnte, der das Gegenteil von ihr behauptet. Es fand sich also auch sehr bald ein anderer Botaniker, der die Hypothese seines Fachkollegen einer Nachprüfung unterzog. Auch er konnte nicht leugnen, daß sowohl eine große Trockenheit herrschte, als auch eine Menge Disteln vorhanden sei. Und da er zwischen zwei Tatsachen keinen andern als den Kausalzusammenhang herzustellen vermochte, stand er nicht an, zu sagen, die Disteln seien eine Folge der Trockenheit.

Unvereinbar standen sich die Meinungen gegenüber, bis ein Bauer dazukam und erklärte, es gäbe genau so viele Disteln wie jedes Jahr. Da aber sonst nichts wünschte, fielen die Disteln, die in anderen Jahren im Staub verborgen seien, besonders auf.

Es war leider unmöglich zu erfahren, wie die beiden Forscher sich zu der Feststellung des Bauern verhalten haben. Vermutlich haben sie beide auf jeden Intellektualismus verzichtet und gemeinsam den Bauern verhauen. Die Gegenseite des Intellekts lassen sich im Menschlichen leicht vereinigen. Vorauß man erkennt, welch hohen Rang eine Kellerei unter Umständen als konstitutives Element des Lebens einnehmen kann.

In der Tat sind nur wenige Menschen in der Lage, Beobachtungen zu machen, ohne Schlüsse daraus zu ziehen. Bauern können es. Aber außerdem ist das auch eine Eigenschaft unserer besten Schriftsteller. Selbst Stendhal übertrifft darin Wilhelm Raabe oder Gogol nicht. Darum lohnt es sich ebenso sehr, mit Bauern Skat zu spielen wie gute Schriftsteller zu lesen.

Die 20 Zloty-Scheine werden von der Bank Polski nur noch bis zum 30. 6. 1935 eingetauscht, die silbernen 1 Zloty-Stücke bis zum 31. 12. 1934, die silbernen 2 Zloty-Stücke bis zum 21. 1. 1935 und die alten (großen) 5 Zloty-Stücke bis zum 30. 9. 1936. Im allgemeinen Verkehr müssen diese 5 Zloty-Stücke noch bis zum 30. 9. d. J. angenommen werden.

Dienstage der Finanzbehörde in Ortschaften des Kreises Bromberg. Zur Erleichterung für die Steuerzahler des Kreises Bromberg hat die Finanzbehörde angeordnet, daß in einzelnen Ortschaften besondere Dienstage eingerichtet werden, wo Finanzbeamte Steuerzahler empfangen, um die gewünschten Auskünfte usw. zu erteilen. Ab 1. Oktober werden die Finanzbeamten in Grone an jedem ersten Donnerstag im Monat, in Schulitz an jedem ersten Dienstag im Monat und in Gordon an jedem ersten Sonnabend im Monat tätig sein. Die Stadtverwaltungen der betreffenden Ortschaften haben für die Finanzbeamten Räume zur Verfügung gestellt.

Ein Unterschlagungsprozeß fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der 25jährige Kaufmann Mojzesz David Wetstein aus Łódź. Die Anklage schreibt legt dem W. zur Last, daß er in der Zeit von Februar, bis zum Juli v. J. zum Schaden des Kaufmanns Szofer Lejserowicz, gleichfalls wohnhaft in Łódź 8000 Zloty unterschlagen habe. W. hatte Anfang v. J. den Angeklagten als Reisenden bei sich eingestellt und ihm etwa 110 Anzüge, eine gleiche Anzahl Damen- und Herrenmäntel und andere Konfektion übergeben, mit dem Auftrage, die Sachen hier und in der Provinz zu verkaufen. Anfangs schickte der neue Reisende seinem Chef über die verkauften Sachen regelmäßig Abrechnungen. Von Juli ab ließen aber auf einmal die Abrechnungen nach. W. dadurch beunruhigt, kam nach Bromberg, suchte seinen Reisenden in dem Hotel, in dem er ständig wohnte und erfuhr dort, daß er nach Danzig gefahren sei. Da von den Waren auch nichts mehr vorhanden war, reiste W. dem Angeklagten nach Danzig nach. In Danzig erfuhr er von seinen Geschäftsfreunden, daß man den W. im Spielcasino in Boppot des öfteren gesehen habe. W. veranstaltete nun eine regelrechte Jagd hinter seinem „tückigen“ Reisenden, ohne ihn vorerst zu fassen. Erst nach langen Bemühungen konnte W. von der hiesigen Kriminalpolizei, an die sich W. inzwischen gewandt hatte, in Bromberg verhaftet werden. Gegenüber dem Kaufmann W. gestand der Angeklagte kurz nach seiner Verhaftung, daß er sämtliche Sachen verkauft und das Geld im Casino in Boppot verpielt habe. Der enttäuschte Kaufmann erstattete nun gegen seinen unehrlichen Reisenden Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Vor Gericht bekannte sich der Angeklagte nur zu einer Unterschlagung von 800 Zloty. Der geschädigte Kaufmann als Zeuge vernommen sagt aus, daß ihm der Angeklagte einen Schaden von 8000 Zloty zugefügt habe. Aus einem Schreiben, das der Zeuge dem Gericht vorlegt, geht hervor, daß W. sich selbst zu 5000 Zloty bekannt, die er veruntreut hatte. Der Angeklagte versucht die Sache so darzustellen, als hätte für die Gesamtversicherung, wie auch für eine Lieferung für dieser ihm angeblich noch Geld schulde. Nach Schluss der Beweisaufnahme erkannte das Gericht den Angeklagten der Unterschlagung für schuldig und verurteilte ihn zu 10 Monaten Gefängnis.

Den Mörder des Ministers Pieracki verherrlichte hatte der 23jährige Arbeiter Maksymilian Szlachciarz aus Gordon. Am 16. Juni d. J. hatte Sz. in Gordon im angetrunkenen Zustande öffentlich auf der Straße den Mörder des Ministers Pieracki gelobt. Auf Veranlassung der Vorübergehenden, die diese Äußerungen mit angehört hatten,

wurde gegen den Sz. Anzeige erstattet, so daß er sich jetzt deswegen vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten hatte. Vor Gericht bekannte sich der Angeklagte zur Schuld, führte jedoch zu seiner Verteidigung an, daß er sich infolge starker Trunkenheit keine Rechenschaft über seine Äußerungen abgegeben habe. Er will überhaupt nicht gewußt haben, daß der Ermordete Minister gewesen sei. Der Angeklagte betonte, er gehöre keiner Partei an und verachte den Mörder des Ministers gerade so, wie jeder andere patriotisch denkende Pole. Nach Schluss der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Angeklagten zu sieben Monaten Gefängnis.

Zwei „schlagartige“ Frauen hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Auf der Anklagebank nahmen Platz die 49jährige Chefrau Viktorija Borendza und ihre 23jährige Tochter Johanna, beide in Dobka, Kreis Mogilno, wohnhaft. Der Landwirt Wincenty Lewandowski hatte den beiden Angeklagten verboten, aus seinem Brunnen Wasser zu schöpfen. Aus diesem Unfall kam es im Juli v. J., als beide Frauen sich dem Brunnen ihres Nachbarn näherten, zu einer Auseinandersetzung zwischen L. und seiner Tochter Cäcilie einerseits und den beiden Angeklagten andererseits. Der anfängliche Wortwechsel zwischen beiden Parteien artete schließlich in eine heftige Prügelei aus, die mit der Flucht des L. und seiner Tochter endete. Die D. hatte sich nämlich vorher mit einer Dunggabel und ihre Tochter mit einem Knüppel bewaffnet, mit denen sie die nachbarliche Schlächt zu ihren Gunsten entschieden. Während L. allgemeine Verletzungen bei dieser Prügelei davongetragen hatte, wurde der Tochter durch einen erhaltenen Schlag das Trommelfell des rechten Ohres beschädigt. Die Angeklagten gaben vor Gericht an, daß sie sich nur vor den Angriffen des L. und seiner Tochter verteidigt haben. Mutter und Tochter wurden vom Gericht zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein teures Streichholz. In der Wilhelmstraße (M. Focha) wurde an einem der letzten Abende ein hiesiger Bürger von zwei Männern angehalten, die ihn um Feuer batzen. Er entsprach der Bitte, um dann seinen Weg fortzusetzen. Wie groß war aber sein Schreck, als er nach einiger Zeit feststellen mußte, daß man ihm in den wenigen Augenblicken des Feuergebens 450 Zloty entwendet hatte.

Im Zuge bestohlen wurde auf der Fahrt von Schubin nach Bromberg ein Händler. Er hatte einen großen Koffer mit Alabasterfiguren bei sich und bemerkte während einer angeregten Unterhaltung nicht, daß ein Dieb mit seinem Koffer ausgestiegen war. Die Nachforschungen nach dem Diebe blieben erfolglos.

Wie bneid' ich den Mann,
Der ruhig und still im Verborgenen lebt
Und von Ruhm nichts weiß und von keiner Gefahr!
Und wie arm ist der, den das Leben erhöht!
Wie betrüg'rich und falsch ist solch ein Glück!
Dem Begehrnden Lust, dem Besitzenden Dual!"

Enripiodes.

Einbrecher drangen in eine Bodenkammer des Hanses Schulstraße (Konarskiego) ein, wo sie verschiedene Garderobenstücke, Lampen und Koffer entwendeten. Der Schaden wird auf 500 Zloty geschätzt.

Neue Uniformen für die Postbeamten. In nächster Zeit erhalten die Postbeamten neue Uniformen, die große Ähnlichkeit mit den Militäruniformen aufweisen sollen. Die Uniformen werden auch Achselklappen erhalten und der Schirm der Mütze wird mit einem Metallbeschlag versehen sein. Auf der Mütze und am Kragen werden Dienstabzeichen, Dienstarten und Dienstgrade kenntlich machen.

Zu einem Großfeuer kam es in Nekla hiesigen Kreises. Bei dem Landwirt Waclaw Dobiewski entstand in einer mit Stroh bedeckten Scheune ein Feuer, das sich schnell ausbreitete. Trotzdem Feuerwehren aus allen umliegenden Ortschaften herbeigeeilt waren, konnte die Scheune nicht gerettet werden. Die gesamte Ernte und die landwirtschaftlichen Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Achsenbruch bei der Straßenbahn. An der Ecke Hippel- und Wilhelmstraße (Kordeckiego—M. Focha) brach an einem Straßenbahnwagen plötzlich eine Achse. Auf diese Weise entstand eine Verkehrsstörung, die erst nach 1½ Stunden behoben werden konnte.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Cäcilienverein. Freitag, den 21. 9., keine Gesangsstunde. (8179) Bachverein — Bromberg. Freitag, 21. d. M., 20 Uhr — Bivilcasino — Beginn der Chorproben. Mitglieder werden um vollzähliges Ergebnis gebeten, stimmbegabte Damen und Herren zum Eintritt eingeladen. (6525)

Die Deutschen Abende wollen alle Deutschen Brombergs, ohne Unterschied des Bekennisses und des Standes, um das deutsche Wort sammeln. Gerade die „Lusatien-Feier“ am Montag, dem 24., verdient ein volles Haus. (6525)

Neuer Präsident der Posener Postdirektion.

Der bisherige Präsident der Post- und Telegraphen-Direktion in Posen Sylvester Maciejewski soll, wie die polnische Presse meldet, in nächster Zeit in den Ruhestand treten. Maciejewski war einige Jahre Präsident der Bromberger Postdirektion. Als sein Nachfolger wird Oberst Wallner, zuletzt Vizepräsident der Postdirektion in Wilna, genannt.

Selbstmord des Staatsanwalts Dembecki.

In Posen beging der frühere Staatsanwalt des Posener Bezirksgerichts Mieczyslaw Dembecki in seiner Wohnung Selbstmord durch Erschießen. Dembecki war vor einigen Jahren wegen Veruntreuung von Gerichtsdepositen verhaftet worden. Das Gericht hatte ihn zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Z Inowrocław, 20. September. Die am letzten Freitag abgehaltene Stadtverordentenversammlung begann mit der Amtseinführung der von der Wojewodschaft bestätigten Magistratschöffen Dr. A. Gardula, Dr. Benedyktini und St. Kozłowski. Anschließend hieran wurden drei Mitglieder in die neue Revisionskommission der Kommunalen Sparkasse gewählt. Sodann gelangte das erste

Zusatzbudget zum Verwaltungsbudget für das Jahr 1934/35 sowie der Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Komitees für den Ausbau der Stadt Inowrocław für die Zeit von 1. 2. bis 1. 8. 34 zur Annahme. Eine lebhafte Debatte rief der Antrag auf Umorganisation des Rates der Kommunalen Sparkasse hervor. Als die Stadtverordnetenversammlung zur Wahl schritt, verließ die Sanacja-Gruppe zum Zeichen des Protestes den Saal, so daß die Versammlung wegen Beschlusunfähigkeit geschlossen werden mußte.

Am Sonntag wurde auf der hiesigen Station in einem aus Oberschlesien kommenden Kohlenwagen die Leiche eines etwa 35-jährigen Mannes mit durchschossener Brust aufgefunden. Die Personalien des Toten konnten noch nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich wurde der Mann beim Kohlendiebstahl erschossen.

Der 52jährige Fuhrmann Stanislaw Lewandowski aus Popowice hiesigen Kreises befand sich mit einem Fuhrwerk unterwegs, als plötzlich die Pferde scheuten. Er stürzte vom Wagen und geriet so unglücklich unter die Räder desselben, daß ihm mehrere Rippen gebrochen wurden und er auch schwere innere Verletzungen erlitt. Er wurde in das Inowrocławer Krankenhaus geschafft.

ss. Mogilno, 19. September. Großes Aufsehen hat unter der hiesigen Bevölkerung die plötzliche Verhaftung des 29jährigen Friseurs Kazimierz Olejniczak, der in der Gerichtsstraße ein Friseurgebäude besitzt, hervorgerufen. Im vergangenen Sommerhalbjahr und vor allem in den beiden letzten Monaten fiel Stadtbewohner, sowie Klienten besonders auf, daß bei Olejniczak minderjährige Mädchen häufig ein- und ausgingen. Unter dem Vorwande, daß die Mädchen für sich verschiedene Besorgungen machen, stand O. mit denselben im geschlechtlichen Verkehr.

Auf dem letzten Jahrmarkt war eine große Anzahl Vieh, hauptsächlich Milchkuhe und Schlachtvieh, aufgetrieben. Die beste Milchkuh wurde mit 180 Zloty bezahlt. Fettvieh kostete bis 220 Zloty. Magervieh war nicht vorhanden. Außerdem wurde eine geringe Anzahl starker Arbeitspferde zum Kauf angeboten. Auf dem Krammarkt, der sich nicht nur auf dem Marktplatz, sondern auch auf der Hauptstraße abspielte, wurden diesmal außergewöhnlich viel Waren angeboten. Trotzdem fehlte es an Käufern.

Der hiesige Dr. Lewandowski befand sich in Inowrocław. Da er infolge seines Dienstreisens nicht auf den erst um ¼ Uhr dort abfahrenden Personenzug warten wollte, benutzte er einen viel früher abgehenden Güterzug in der Meinung, daß derselbe in Mogilno halten werde, was aber nicht geschah. Infolgedessen sprang er kurz hinter dem Bahnhofsterrain von dem sich in voller Fahrt befindenden Zug ab, stürzte zu Boden und erlitt schwere Hand- und Gesichtsverletzungen.

○ Podewitz (Pobiedziska), 19. September. Dem Landwirt Schmandt in Borówko hiesigen Kreises wurde eine vier Bentzten schwere hochtragende Sau aus verschlossenem Stalle gestohlen. — Dem Schlossermeister Wieruszewski wurden aus dem Vorratskeller 22 Weckgläser mit verschiedenem Obst und Gemüse, ferner geräucherter Schinken und Wurst gestohlen. Die eisernen Stäbe vor dem Fenster hatten die Diebe zerbrochen. Die unbekannten Täter sind entkommen.

Posen, 19. September. Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich gestern vormittag in der fr. Luisenstraße beim Aufstellen eines Bangerüstes an dem alten Eisenbahndirektionsgebäude zu. Bei der Herstellung des Gerüsts brach ein Balken aus unbekannter Ursache, und drei Bananarbeiter, der 28jährige Edmund WicherSKI aus der ul. Kopeczynskiego 31, der 36jährige Pawełzawski aus Zabitowo und Waclaw Pietlak aus Zielonagóra, Ar. Samter, stürzten aus sieben Meter Höhe in die Tiefe. WicherSKI brach beide Hände und erlitt erhebliche Quetschungen. Pietlaks Verletzungen sind so schwer, daß er kaum mit dem Leben davontreffen dürfte. Alle drei wurden dem Bernhardiner-Krankenhaus zugeführt.

Wegen Unterschlagung von rd. 5000 Zloty amtlicher Geldern verurteilte gestern die Strafkammer den Gerichtsvollzieher Kierzkowski von hier, der von seinem eigenen Verteidiger als Gewohnheitstrinker, bei dem die Willenskraft geschwächt ist, geschildert wurde, zu zwei Jahren Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, fünf Jahren Chirverlust und 5570 Zloty Geldstrafe.

Erung der deutschen Europa-Flieger.

Der Aeroklub von Deutschland versammelte in Berlin zur Verteilung der Preise des Europarundfluges die Mannschaften der am Rundflug beteiligten deutschen Flugzeuge, sowie zahlreiche Angehörige des deutschen Flugwesens, Vertreter der Luftfahrt und der Industrie. Man sah u. a. Fliegerkommodore Christianen und die Flugzeugkonstrukteure Fieseler, Direktor Schwarzkopf von den bayerischen Flugzeugwerken, und Siebel von der Firma Klemm. Die Gäste wurden von dem Präsidenten des Aeroklubs, Major a. D. von Kehler, willkommen geheißen.

Staatssekretär Milch überbrachte die Grüße des Reichsluftfahrtministeriums und begrüßte gleichzeitig die Befähigungen, die sich im Europarundflug auf einem schwierigen Posten mit solchem Erfolg und mit so vollem Einsatz für die deutsche Luftfertigung geschlagen haben. Staatssekretär Milch teilte mit, daß Major a. D. von Kehler den Posten des Präsidenten des Aeroklubs niedergelegen beabsichtige, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Der Staatssekretär gedachte in warmen Worten der hohen Verdienste, die sich von Kehler in den langen Jahren seines Wirkens erworben habe. Gleichzeitig machte er Mitteilung von dem Wunsche Majors von Kehler, daß Herr von Gronau an seiner Stelle die Präsidentschaft des Aeroklubs übernehmen möchte. Staatssekretär Milch wies weiter darauf hin, daß im Anschluß an die Verteilung der Preise für die an dem Europarundflug beteiligten Mannschaften auch dem Flugzeugkonstrukteur Fieseler der Preis für die Weltmeisterschaft im Kunstflug überreicht werden solle. Der französische Aeroklub hatte dem Aeroklub von Deutschland den Preis mit der Bitte übermittelt, diesen bei einer passenden Gelegenheit zu überreichen.

Nach der Ansprache des Staatssekretärs rief Herr von Gronau die Befähigungen auf und überreichte jedem Mitglied die gestifteten Preise.

Chefredakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: B. Marian Hepe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepe; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bromberg, Freitag, den 21. September 1934.

Pommerellen.

20. September.

Wahlen zur Industrie- und Handelskammer.

Der Kommissar für die demnächst stattfindenden Wahlen für die Industrie- und Handelskammer im Gdingen, Ingenieur St. Celichowski, gibt die Einteilung des Gebiets dieser Kammer in 7 Wahlbezirke bekannt. Es sind dies Gdingen, Stargard, Graudenz, Konitz, Thorn, Strasburg und Bromberg.

Der Bezirk III (Graudenz) mit dem Sitz in Graudenz, Rathaus, Zimmer 209, umfaßt Stadt- und Landkreis Graudenz, sowie die Kreise Culm und Schewz. Vorsitzender der Kommission ist Kaufmann Józef Wittner, Mitglieder sind Bankdirektor Dr. Edmund Grodzki, Kaufmann Kazimierz Karow, Industrieller Alojzy Auchniewicz, Fabrikdirektor Witold Bielikowski, sämtlich in Graudenz; Vertreter: Banddirektor Hipolit Braun-Schewz, Kaufmann Aleksander Górný-Sluppi (Sr. Graudenz), Kaufmann Antoni Górkowski-Graudenz, Fabrikdirektor Józef Szteger-Graudenz, Kaufmann Seweryn Szubarga-Graudenz.

Die einzelnen Bezirkskommissionen tagen wöchentlich von 9-13 und 15-17 Uhr, die Hauptwahlkommission in Gdingen von 11-15 Uhr. Die Listen der stimmberechtigten Wähler werden in der Zeit vom 26. September bis zum 10. Oktober d. J. durch Auslegung in den Lokalen der Bezirkswahlkommissionen bekanntgegeben. Reklamationen können in dieser Zeit mündlich oder schriftlich bei den Kommissionen angebracht werden. Die Kandidatenlisten müssen bis zum 17. Oktober d. J. einschließlich dem Vorsitzenden der Hauptkommission, Ingenieur St. Celichowski, eingereicht werden.

Graudenz (Grudziadz)

× Weiteres Fallen der Weichsel. Von Dienstag nachmittag 2 Uhr bis Mittwoch um dieselbe Zeit hat sich der Wasserstand von 3,18 Meter auf 2,60 Meter über Null erniedrigt, somit um nicht weniger als 58 Zentimeter.

× Eine Demonstration aus Anlaß der Erklärungen des Außenministers Beck im Volkerbunde in Sachen der Minderheitentrakte fand Montag abend auf dem hiesigen Marktplatz statt. Dazu waren zahlreiche Organisationen, zum Teil mit Fahnen, und Vertreter der Behörden erschienen. Von einer am Denkmal des polnischen Soldaten errichteten Rednertribüne aus sprach Bischöfstadtpresident Michałowski, der u. a. die Stellungnahme der Regierung Polens in der Angelegenheit der polnischen Forderung auf Ausdehnung der Minderheiten-Trakte auf sämtliche in Betracht kommenden Staaten usw., eingehend darlegte und dem Außenminister Beck für seine entschiedene Wahrung der Interessen und der Würde Polens in dieser Sache wärmsten Dank sagte. Die Ausführungen des Redners wurden mehrfach mit lebhaftestem Beifall begleitet. Herr Michałowski beendete seine Ansprache mit einem Hoch auf die Republik Polen, Staatspräsident Mościcki, Marschall Piłsudski und Außenminister Józef Beck. Das Orchester intonierte die Nationalhymne und die Erste Brigade, worauf der Redner der Manifestation eine Resolution zur Verleistung brachte. Dann hatte die Kundgebung nach halbstündiger Dauer ihr Ende erreicht.

× Dem Bericht über das Graudener Meisterschaftsturnier in Nr. 213 der "Deutschen Rundschau" sind noch zwei infolge technischen Verschens fortgelassene Herren-einzelspiele von Freitag, 14. d. M., nachzutragen. Es sind das Abromeit-Sieffki 6:2, 6:0, und Landsberg-Krupka 6:4, 6:2.

× Die freiwillige Feuerwehr wurde Dienstag nachmittag 4:15 Uhr infolge falschen Alarms nach der Unterhornerstraße alarmiert. Leider ist der Täter bisher unbekannt geblieben.

× Das Kino "Apollo" bringt zurzeit im Rahmen seines Programms auch Aufnahmen von den Beisetzungsfestlichkeiten des verewigten deutschen Reichspräsidenten und großen Heerführers im Weltkrieg, Feldmarschall von Hindenburg. Warum sind es erklärbare Massen nur Fragmente aus diesen umfangreichen Trauerveranstaltungen. Aber auch sie geben ein eindrucksvolles Bild des einzigartigen Beerdigungssaktes von weltgeschichtlicher Bedeutung. Neben einigen Ausschnitten aus den Berliner Vorgängen aus Anlaß von Hindenburgs Beisetzung erblieb man Teile des fackelbeleuchteten nächtlichen Überführungszuges von Neudeck nach der Tannenberger Denkmalsstätte. Man schaut den Führer Adolf Hitler, wie er zur Rednertribüne schreitet, und hört dann Einleitung und Schluss seiner Trauerrede. Markig und erschütternd klingen seine Endworte, in denen er vom Eingang des großen Feldherrn in Wallhall spricht.

× Verurteilte Langfinger. Ein gewisser B. Stachowski von hier hatte vor einiger Zeit einem Jüngling einen wertvollen photographischen Apparat gestohlen. Das Gericht verurteilte den deswegen angeklagten St. zu 6 Monaten Gefängnis, mit dreijähriger Bewährungsfrist. Weiter diktierte dieses Gericht Jan Ciernicki aus Grutka, Kreis Graudenz, der vom Felde eines Gutes eine Fuhre Weizen entwendet hat, ebenfalls zu 6 Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist. Wegen Stehlens eines Drahtnetzes erhielt der Arbeiter Alojzy Buch aus Montau (Mazury), Kreis Schewz, 2 Wochen Arrest.

× Gestohlen wurden Fr. Stuligorsk, Herrenstraße (Pańska) 23, um einen Handwagen; Władysław Dygowski, Überbergstraße (Madgórna) 50, um Tischlerhandwerkszeug aus der Werkstatt im Werte von 50 Złoty; Jan Witkowski, Giebbluderstraße (Konarskiego) 20, um sein Fahrrad im Werte von 120 Złoty, das er, während er in eine Restauration in der Lindenstraße (Lipowa) getreten war, draußen hatte stehen lassen. — Einen erheblichen Verlust erlitt ein hiesiger älterer Herr. Er trug einen Geldbeutel von ca. 90 Złoty bei sich in der einen Hosentasche, um ihn auf einer Bank einzuzahlen. Auf dem Getreidemarkt verlor er plötzlich das Geld — es war ihm im Marktstreben von einem Taschendiebe entwendet worden.

Thorn (Toruń)

Der Wasserstand der Weichsel erfuhr in den letzten 24 Stunden eine weitere Abnahme um fast einen halben Meter und betrug Mittwoch früh nur noch 2,28 Meter über Normal. — Im Weichselhafen trafen am Dienstag ein Schlepper "Katowice" mit 4 Rädern Getreide aus Warschau, "Wanda" mit 2 Rädern mit 210 Tonnen Ölkerne und 147 Tonnen Kopra aus Danzig und "Goplana" aus Bromberg. "Goplana" nahm von hier 2 Räder Getreide mit und dampfte damit nach Danzig. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Stadt Personen- und Güterdampfer "Grunwald" bzw. "Witek", auf dem Wege von Danzig bzw. Dirschau nach Warschau "Mars" bzw. "Eleonora" und "Belgia". Der aus Warschau kommende Schlepper "Steinkeller" setzte mit 2 Rädern Getreide die Fahrt nach Danzig fort. *

Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 20. September, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 27. September, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 28. September, hat die "Adler-Apotheke" (Apteka pod Orłem, Altstädtischer Markt (Rynek Staromiejski) 4, Fernsprecher 7).

Gewarnt werden muß vor einem Betrüger, der in den Häusern um Almosen bittet und sich dabei einer Legitimation bedient, auf der die Unterschrift des Pfarrers Wysński und der Stempel der Kirchengemeinde St. Johann gefälscht sind.

Neben der Verlegung eines Passanten durch den Biß eines Hundes verzeichnet der Polizeibericht vom Mittwoch noch zwei kleine Diebstähle und eine Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften, ferner die Beschlagnahme eines gefälscht erscheinenden 5-Złoty-Stückes. — Festgenommen wurden je eine Person wegen Herumtreibens auf eisenbahnskalischem Gebiete und wegen Trunkenheit. Eine andere Person wurde zwecks Gestellung zur Hauptverhandlung vor dem Bürgergericht in Neumarkt (Nowe Miasto) durch die Polizei vorgeführt.

Blutiger Ausgang eines Streites. Dienstag abend kam es in Grambschen (Grobocin) hiesigen Kreises zwischen dem 26jährigen Arbeiter Bronisław Kawecki und seinem Arbeitskollegen Karol Smieszka zu einem Streit, in dessen Verlauf Smieszka plötzlich einen Browning zog und auf seinen Widersacher einen Schuß abgab. Die Kugel drang Kawecki in die linke Brust und durchbohrte ihm die Lunge. Es mußte sofort die Rettungsbereitschaft telefonisch herbeigerufen werden, die den Schwerverletzten in das hiesige Stadtkrankenhaus transportierte. Smieszka, der im Besitz eines Waffenscheins ist, wurde verhaftet und vorläufig in Polizeigewahrsam genommen. Die Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht leitete weitere Schritte ein.

v. Culmsee (Chelmża), 19. September. Unbekannt entkommene Täter schlugen dieser Tage am Markt die Schaufensterscheibe des Konfektionsgeschäfts der Firma Jarzembski ein und entwendeten aus dem Schaufenster ein Stück Stoff. Da sie die anderen Waren unberührt ließen, ist anzunehmen, daß sie in ihrer "Arbeit" gestört worden sind.

tz Czerk, 19. September. In der Nähe von Czerk ereignete sich ein Autounfall. Der Kaufmann Arthur Gaßler aus Waldenburg bremste seinen Wagen so stark, daß er sich überschlug. Der Fahrer blieb glücklicherweise unverletzt, das Auto wurde schwer beschädigt, so daß es abtransportiert werden mußte.

tz Konitz (Chojnice), 19. September. Am Mittwoch vormittag fand im Kreistagsitzungssaal eine von 21 Mitgliedern besuchte Kreistagsitzung statt, die von dem zu diesem Zweck von Warschau hergekommenen bisherigen Konitzer Starosten Mieszkowski geleitet wurde. Herr Mieszkowski stellte den Mitgliedern den neuen Starosten Herrn Lipski vor und erstattete dann einen ausführlichen Bericht über seine zweijährige Tätigkeit in unserem Kreise. Er er-

wähnte die Entwässerungsarbeiten und die Begebauten, die im Laufe der 2 Jahre im Kreise ausgeführt wurden, die Einrichtung eines geordneten Autobusverkehrs nach dem früheren Schlochauer Gebiet und die dort zum Befen der Bevölkerung geleisteten Arbeiten auf dem Gebiet der Hygiene und Gesundheitspflege. Herr Kalletta dankte darauf der Verdienste des jetzigen Kreissparkassendirektors Lipski, die er sich in 15 jähriger Arbeit als Kreisausschuß-Obersekretär für den Kreis erworben hat, und verabschiedete ihn als Kreisbeamten. Darauf wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschriften. Das Budget für 1934/35 wurde durch Dekret des Wojewoden bestätigt. Der Tarif des Kreisautoverkehrs wurde dahin ergänzt, daß Monatskarten für Schul Kinder eingeführt wurden. Es sollen in Zukunft kosten: die Monatskarte bis 7 Kilometer Fahrt 7 Złoty, bis 14 Klm. 14 Złoty, bis 21 Klm. 20 Złoty, und über 21 Klm. 30 Złoty. Auf Antrag des Pfarrers Tychowski wurde mit Rücksicht auf die arme Bevölkerung der in Betracht kommenden Gebiete der Kreisausschuß und der Vorsteher ermächtigt, eine teilweise oder völlige Ermäßigung der Gebühren in besonderen Fällen vorzunehmen. In die Revisionskommission für die Kreissparkasse wurden die Herren Jagodzinski, Lipienice und Grochowski gewählt. Es wurde dem Vorstand überlassen, die Vorschrift, daß Schulnner der Kasse nicht der Revisionskommission angehören dürfen, in besonderen Fällen außer Acht zu lassen. Es wurde dann beschlossen, den Staroststein neu einzuzäunen zu lassen. Nach dem Revisionsbericht der Kreissparkasse wurde eine Kommission für die Entwässerungsarbeiten im Kreise gewählt. In der freien Aussprache wurde bemängelt, daß ein Protest wegen der Wahl des neuen Kreissparkassendirektors eingerichtet wäre. Der betreffende Herr, ein Aufführungsratmitglied, soll gebeten werden, sein Amt niederzulegen.

Neustadt (Wejherowo), 19. September. Die hiesige Polizei verhaftete Willi Zagowski aus Pułzig, weil er drei Monate hindurch von der dortigen Beleuchtungszentrale durch Abbringung einer Verbindung elektrische Energie für eigenen Bedarf entnahm. Er wurde zur gerichtlichen Disposition gestellt.

a Schewz (Swiecie), 19. September. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Butter 1,20-1,30 pro Pfund, für Eier 1,00-1,20 Złoty pro Mandel gezahlt. Kartoffeln wurden mit 2,00 Złoty pro Zentner angeboten.

Stargard (Starogard), 19. September. Der Deutsche Schulverein hielt am vergangenen Montag in der Aula der Deutschen Schule eine Mitgliederversammlung ab, die zahlreich besucht war. Die Versammlung wurde von dem bisherigen Vorsitzenden Senator Habsch geleitet, der eingangs des verstorbenen Vorsitzenden, Justizrat Dr. Leyde, gedachte. Die Versammlung ehrt das Andenken des Heimgegangenen durch Erheben von den Plänen. Im Rahmen der Tagesordnung gab Direktor Rademacher einen ausführlichen Bericht über das vergangene Schuljahr und Herr Newiger verlas den Kassenbericht, worauf dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt wurde. Nach den darauffolgenden Wahlen setzt sich der Vorstand nunmehr aus folgenden Herren zusammen: Max Wickerl Vorsitzender, Paul Reiske stellv. Vorsitzender, Georg Berkenhagen, Schriftführer, Walter Müller Kassierer und Franz Würz Beisitzer.

f Strasburg (Brodnica), 19. September. Auf tragische Weise ums Leben gekommen ist der Hauptmann im hiesigen Infanterieregiment Kazimierz Bieganski. Der Offizier hatte sich aus einem Fenster seiner in der Kosciuszkostraße im ersten Stock gelegenen Wohnung so weit herausgebeugt, daß er hierbei das Gleichgewicht verlor und herausstürzte. Mit schweren Verletzungen am Kopf und drei Armbrüchen wurde der Verunglückte per Flugzeug nach Thorn gebracht, wo er aber bald darauf im Militärlazarett seinen schweren Verletzungen erlag.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 28. Sept. 1934

(17. n. Trinitatis).

Evangel. Gemeinde,

Graudenz, 10 Uhr Pfar.

Dieball, 11/2, Uhr Kinder-

gottesdienst, Montag 8 Uhr

Jungmädchenchor,

Dienstag 8 Uhr Polonienchor,

Mittwoch 6 Uhr Bibelst.

Donnerstag 8 Uhr Jung-

männerverein, Freitag 8

Uhr Musikkapelle Feier in

d. Kirche, Sonnabend 8 Uhr

Jungvolk-Heimabend.

Stadtmission Grauden-

z, Osrowo 9-11.

Borm. 9 Uhr Morgen-

andacht, 6 Uhr Evangelis-

tung, 7 Uhr Jugendbund,

2 Uhr Andacht in Treul,

1/4 Uhr Erntedankfeier in

Hilmarsdorf, 2 Uhr An-

bacht in Schönbrück, 3 Uhr

Jugendbund, Dienstag 5

Uhr Kinderstande, 1/8 Uhr

Gesangsklasse, Mittwoch

1/2 Uhr Freundschafts-

klasse, 1/8 Uhr Mußfest, Don-

nerstag 1/8 Uhr Vortrag

für junge Mädel, Freitag

1/8 Uhr Beginn d. Elim-

tagess.

Modrau. 10 Uhr Got-

tesdienst, danach Kinder-

gottesdienst, 2 Uhr Jung-

mädchenchor.

Klödkken. 4 Uhr Got-

tesdienst.

Rehden. 10 Uhr Got-

tesdienst, 1/2 Uhr Kin-

dergottesdienst.

Roden. 10 Uhr Got-

tesdienst.

Sternberg. 10 Uhr Got-

tesdienst.

Tiefensee. 10 Uhr Got-

tesdienst.

Vielow. 10 Uhr Got-

tesdienst.

Wittenbergen. 10 Uhr Got-

tesdienst.

Wittstock. 10 Uhr Got-

tesdienst.

Wirtschaftliche Rundschau.

Starke Interesse für den Abschluß eines deutsch-polnischen Clearingabkommen.

Die Frage der deutsch-polnischen Verhandlungen über die Belebung der durch die deutschen Devisenmaßnahmen entstandenen Schwierigkeiten beherrscht augenblicklich das Interesse der polnischen Wirtschaftskreise. Zu diesem Thema liegen zwei beachtliche Auslassungen vor, die eine in dem führenden polnischen Handelsblatt "Gazeta Handlowa", die andere in dem Holzfachblatt "Rynek Drzewny", dem Sprachrohr der polnischen Staatsforstverwaltung. Die "Gazeta Handlowa" schreibt, daß in der vergangenen Woche noch feinerste Schritte unternommen worden seien, um eine Erleichterung und Beschleunigung der Verhandlungen in der Frage des deutsch-polnischen Holzhandels herbeizuführen. Im Gegenteil habe sich die Situation im Augenblick infolger verschärft, als grundsätzlich keine Devisen für die deutsche Holzeinfuhr zur Verfügung gestellt werden. Die deutsche Holzeinfuhr funktioniere daher gegenwärtig ausschließlich aus solchen Ländern, mit denen Clearingabkommen bestehen. Es seien dies die Tschechoslowakei, Finnland und Schweden, während mit Lettland ebenfalls kein Clearingabkommen bestehen.

Das Blatt schreibt weiter, in polnischen interessierten Kreisen bedauere man, daß die Ereignisse sich in dieser für Polen ungünstigen Weise entwickelt haben. Im übrigen sei festzustellen, daß der Clearingverkehr die deutschen Außenhandelstransaktionen in immer größerem Umfang beherrsche, so daß in polnischen Holzkreisen mit Beständigung ähnliche Möglichkeiten im Verhältnis zu Polen begrüßt würden. Leider, so bemerkt das Blatt, finde dieser Gedanke bei den maßgebenden Regierungskreisen im Augenblick noch kein Verständnis. Man weise darauf hin, daß die bisherigen Verhandlungsabkommen nur mit solchen Ländern aufgestanden seien, mit welchen Handelsverträge die gegenseitigen Wirtschaftsanleihungen bereits regeln, was im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen noch nicht der Fall sei.

Über die Einziehung der eingetroffenen Außenstände von 10 Mill. Zloty für polnisches Holz geben die Ansichten auseinander. Man nimmt aber in polnischen Holzkreisen an, daß im Falle eines Clearingabkommen die Frage gelöst werden könnte, was man sich so vorstelle, daß diese Summe von vornherein bereit gestellt werden müsse.

Nicht minder interessant sind die Ausführungen des "Rynek Drzewny" zu diesem Thema. Das genannte Blatt bringt zuerst die Meldung, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Kompensationsvertrages wieder aufgenommen worden seien und daß die Besprechungen diesmal, wie es scheint, zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Im Zusammenhang damit bemerkt der R. D., daß auch in Deutschland starkes Interesse und zwar in erster Linie am Holzimport aus Polen bestünde. Die polnischen Holzfirme erhalten von deutschen Kunden fast täglich briefliche und telefonische Anfragen, ob das Berechnungsabkommen schon aufgestanden gekommen sei. Dieser Tage soll eine deutsche Firma einem polnischen Holzlieferanten telefonisch mitgeteilt haben, daß in Berlin vor einigen Tagen bereits Gerüchte von einer Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Clearingabkommen im Umlauf waren.

Bemerkenswert ist auch die Mitteilung des "R. D.", wonach sich die Holzverkaufsangebote deutscher Holzhändler in Polen in den letzten Wochen vermehrt haben sollen. Es soll sich dabei um Holz handeln, das deutsche Importeure noch im Winter in Polen gekauft haben. Dieses Holz sollte ursprünglich nach Deutschland transportiert werden. Es war angehalten worden und liegt bereits seit längerer Zeit vorbereitet zum Versand. Infolge der Devisenschwierigkeiten dürfte dieses Holz auch weiter in Polen verbleiben müssen, so daß die deutschen Importeure, die dieses Holz gekauft haben, nunmehr Abnehmer in Polen suchen, um es wieder zu verkaufen.

In verschiedenen Fällen, in denen der Zahlungstermin schon verstrichen ist und die Produzenten nicht länger warten wollten, soll es bereits zur Versteigerung solcher "deutschen Partien", die von den Produzenten veranlaßt werden, gekommen sein.

Eine solche Versteigerung fand beispielsweise am 4. d. M. im Bezirk von Kielce statt und betraf den Verkauf von 1500 Kettmetern Erlenholz I. und II. Klasse. Es kam jedoch im letzten Augenblick zu einer Verständigung. Man sucht jetzt Abnehmer aus freier Hand. In Wolsztynen sollen mehrere Partien von je 100 Kettmetern, vorwiegend erlesenes Schnitholz liegen, für welche sich die deutschen Importeure um Käufe bemühen.

Der "R. D." bezeichnet es als paradox Situation, daß Deutschland mit polnischem Holz am polnischen Markt und in polnischer Valuta handele. Wenn das so weiter ginge, meint das Blatt, würden sich die Deutschen in Kürze ihrer Devisenschwierigkeiten entledigen. Nur noch etwas Geduld, so schreibt das Blatt, und wir werden am polnischen Markt noch die unglaublichen Wunder erleben.

Deutsch-englische Wirtschaftsverhandlungen in Berlin.

Amtlich wird aus London gemeldet: Die britische und die Deutsche Regierung haben vereinbart, daß eine Abordnung, die von Sir Frederick Leith Ross, dem Hauptwirtschaftsrat der englischen Regierung geführt wird, sofort nach Berlin abreist, um Verhandlungen über die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der beiden Länder zu beginnen, die durch die neuen deutschen Maßnahmen der Einfuhrkontrolle und der Verfügung über Auslandsdevisen berührt werden.

Die Nachricht von der Entsiedlung der englischen Abordnung nach Berlin findet in der englischen Presse sehr starke Beachtung. Es wird gemeldet, daß die britische Abordnung am Montag abreisen wird. Es werden ihr Sir Frederick Leith Ross, der Beamte des Handelsamtes Hill, dessen Sondergebiet die Handelsbeziehungen und Handelsverträge sind, und der finanzielle Berater der britischen Botschaft in Berlin, Pinfent, angehören. Die Ernennung der Abordnung wird als ein Zeichen dafür erklärt, wie ernst die Entwicklung der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Deutschland und England geworden sei. Als die beiden Hauptgegenstände der Erörterungen werden die neu-deutsche Politik der Einfuhrkontrolle und die Frage der deutschen Bezahlung von gelieferten britischen Waren bezeichnet. Die britische Regierung soll bisher noch keine näheren Mitteilungen über die neue deutsche Politik besitzen, und die britische Abordnung darf die Verhandlungen daher mit dem Ergebnis nach Aufklärung in dieser Beziehung beginnen. "Financial News" schreibt, der ursprüngliche Grund, daß Dr. Schacht mit seiner neuen Politik der Einfuhrkontrolle das deutsch-englische Devisenabkommen abschließend zerstört habe, scheine sich nicht zu bestätigen. Denn auch der Ankündigung der neuen Politik sei unmittelbar eine Einladung zur Entsendung einer britischen Abordnung gefolgt.

Das "DNB" erfährt hierzu, daß die Verhandlungen voraussichtlich am nächsten Mittwoch in Berlin beginnen werden. An der obigen englischen Meldung ist im übrigen ein Punkt richtig zu stellen. Es ist dort von einer neuen Politik der Einfuhrkontrolle die Rede. Die neuen deutschen Maßnahmen haben mit Einfuhrkontrolle nichts zu tun. Die Einfuhr bleibt an sich unberührt. Durch die deutschen Maßnahmen wird nur das jetzige System der nachträglichen Devisenzuteilung erweitert. Die Importeure werden dadurch in die Lage gesetzt, vor der Einfuhr zu wissen, ob sie auf Devisenzuteilung rechnen können oder nicht. Durch diese Neuregelung soll gerade den Beschwerden des Auslands, besonders Englands, vorgebeugt werden, daß Deutschland Waren einföhrt, die aber infolge Devisenmangels nicht bezahlt werden können.

Firmennachrichten.

v. Thorn. Zwangsversteigerung der in Thorn, Rynek Nowomiejski 4, sowie ul. Sw. Józefa und Piernikarska, befindenen und im Grundbuch Thornu Nume 1110, Blatt 229, 234 und 228, auf den Namen des Kaufmanns Oskar Thomas in Danzig, Mädelsweg 83a, eingeratene Grundstücke, bestehend aus 1. Wohnhaus mit Seitenflügel und Hofraum, 2. Fabrikgebäude mit Lager, Pfefferkuchenbäckerei, Arbeits- und Padraum, am 17. Oktober 1934, 11 Uhr, im Burgergericht, Zimmer 48. Schätzungspreis 204.202 Zloty.

Die Glühlampenindustrie Polens.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß Polen seinen Bedarf an elektrotechnischen Erzeugnissen bis zu 80 Prozent durch Einfuhren aus dem Auslande befriedigt, besitzt die Entwicklung auf den internationalen Märkten für elektrotechnische Produkte ein besonders Interesse. Für Polen ist besonders die Gestaltung der Lage in Deutschland maßgebend, da Deutschland zu den hervorragendsten Importländern Polens gehört. Fast 50 Prozent der elektrotechnischen Erzeugnisse werden aus Deutschland eingeführt. In den übrigen 50 Prozent der Einfuhren partizipieren eine Anzahl anderer Staaten.

Die deutsche elektrotechnische Industrie konnte im letzten Jahre durch die Ausführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Deutschen Regierung, verbunden mit einer wesentlichen Vermehrung der Aufträge seitens öffentlicher Verbände, eine Erleichterung ihrer Krisenhafte Lage, aber noch keine durchgreifende Besserung erfahren. Nach wie vor ist das Auslandsgeschäft für die Rentabilität und Konkurrenz sowohl der internationalen als auch der deutschen elektrotechnischen Industrie maßgebend, und hier läßt sich eine Gesundung noch kaum erkennen. Der Export, der an der Deckung des internationalen Bedarfs hervorragend beteiligte Staaten weist eine anhaltende sinkende Tendenz auf.

Abschneiden von den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verfall, von den währungs- und wirtschaftspolitischen, den internationalen Warenaustausch hemmenden Maßnahmen wird die Lage auf dem Weltmarkt durch die Tatsache beeinflußt, daß drei Länder, Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten allein rund $\frac{1}{4}$ des gesamten Weltbedarfs an elektrotechnischen Erzeugnissen liefern, während von den Einfuhrländern nicht ein einziges mehr als 10 Prozent dieser Weltausfuhr aufnimmt. Hieraus folgt, daß die drei obengenannten Staaten auf den internationalen Märkten einem starken Wettbewerb ausgesetzt sind, der die Preisgestaltung in Mitleidenschaft zieht. Hinzu kommt, daß der Wettbewerb in Höhe von 65 bis 70 Prozent der Gesamtexportausfuhr dieser Staaten identische Artikel betrifft. Nichtsdestotrotz gelang es Deutschland, dank der hohen Qualität seiner Erzeugnisse, seinen Anteil an den internationalen Märkten nicht nur zu behaupten, sondern sogar zum Teil zu verbessern.

In der Ausfuhrkala Deutschlands nimmt Polen nur einen sehr bescheidenen Platz ein. Dagegen wird die Einfuhrstatistik Polens von dem Import deutscher elektrotechnischer Produkte fast beeinflusst. Von 1929 bis 1933 sank der wertmäßige Import der eingeführten Artikel von 29,8 auf 24 Mill. Zloty. Der Anteil der verschiedenen Staaten im Jahre 1933 war: Deutschland 7 Mill. Zloty, Schweden 4 Mill. Zloty, England 2 Mill. Zloty, Österreich 1 Mill. Zloty. Eingeschlossen wurden an wichtigsten Artikeln im vorletzten Jahr elektrische Maschinen und Maschinenteile, elektrische Birnen, Telefonapparate. Prozentual waren die Importländer wie folgt beteiligt:

	1932	1933
	(in Prozent)	
England	8,5	10
Österreich	5,7	4
Czechoslowakei	2,4	2
Holland	6,8	8
Deutschland	45,0	42
Schweiz	2,9	2
Schweden	22,8	18
Andere Staaten	5,9	12

Unter den Artikeln, die nach Polen importiert werden, nimmt die Einfuhr von Glühlampen eine hervorragende Stelle ein. Es handelt sich bei der Einfuhr in erster Reihe um bestimmte Sorten von Glühlampen, und zwar für Reflektoren, für Kino und um kleine Glühlampen, sogenannte "Mignon".

Im Vergleich zur Einfuhr ist die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen aus Polen ziemlich unbedeutend. In den letzten zwei Jahren erreichte der Export eine gewisse Stabilität und betrug im Jahre 1933 905.000 Zloty gegenüber 946.000 Zloty im Jahre 1932. Ausgeführt wurden hauptsächlich folgende Artikel: Elektromaschinen.

und Maschinenteile, Medizinapparate, Radioapparate usw. In der Aufnahme von elektrotechnischen Erzeugnissen polnischer Provenienz war Deutschland wiederum bis zu 50 Prozent beteiligt. Darauf folgte Holland mit 11 Prozent, Rumänien 11 Prozent, Lettland 7 Prozent usw.

In der polnischen Presse wird häufig der Meinung Ausdruck gegeben, daß die elektrotechnischen Importe durch heimische Erzeugnisse ersetzt werden könnten. Diese Auffassung verkennt die tatsächlich für die Entwicklung der Glühlampenindustrie sowohl in Polen als auch in anderen europäischen Staaten maßgebenden Faktoren. Die polnische Glühlampenindustrie ist stark überfremdet. Für den Bedarf Polens, der beim gegenwärtigen Grade der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft auf ca. 8 Mill. Stück Glühlampen jährlich veranschlagt wird, arbeiten hauptsächlich ausländische Glühlampenkonzerne. Nach Angaben des Hauptstaatslichen Amtes gestalteten sich Produktion und Verkauf in der Zeitperiode von 1929 bis 1932 wie folgt:

Jahr	Zahl	Produktion	Verkauf	Borräte
der Betriebe	Stückzahl	Wert in Zloty	Stückzahl	Stückzahl
1929	—	5.544.065	12,3	4.719.935
1930	—	5.225.570	11,6	5.525.707
1931	10	4.878.868	7,1	5.487.752
1932	15	5.589.000	10,9	5.141.000

Für das Jahr 1933 fehlen authentische Angaben. Es wird angesichts der Tatsache, daß viele neue nicht kartellisierte Produktionsstätten entstanden sind, angenommen, daß die Produktion wesentlich gestiegen ist.

Über den Import von Glühlampen unterrichtet nachstehende Tabelle:

Jahr	Anzahl in Doppelzentner	Wert in tausend Zloty
1929	1.259	10.304
1930	754	6.825
1931	585	4.255
1932	259	2.092
1933	313	1.893

Gegenüber 1929 ist die Einfuhr wesentlich zurückgegangen, doch zeigt das Jahr 1933 gegenüber 1932 eine gewisse Stabilisierung, und zwar in bezug auf die mengenmäßige Einfuhr. Nach wie vor wird der Bedarf Polens an Glühlampen von der Lage am Weltmarkt beeinflußt. Die jährliche Weltherstellung an Glühlampen wird auf ca. 1.018 Mill. Stück veranschlagt, wovon die Vereinigten Staaten rund 550 Mill., Deutschland 150 Mill., Holland 90 Mill., England 42 Mill., Frankreich 40 Mill., Ungarn 30 Mill., Russland 25 Mill., Italien 22 Mill. usw. produzieren. Über den Weltverbrauch fehlen leider ziffernmäßige Angaben. Nach sachverständiger Schätzung wird in den meisten Kulturstäaten pro Jahr und Kopf der Bevölkerung ungefähr 1 Glühlampe verbraucht. Die Relation zwischen der Erzeugung und dem ziffernmäßigen Stand der Bevölkerung zeigt, daß fast alle Staaten, die über eine entwickelte Glühlampenproduktion verfügen, mehr oder weniger auf die Ausfuhr ihrer Erzeugung angewiesen sind. Der Aufschwung der Elektrizitätswirtschaft und insbesondere der elektrotechnischen Industrie der Welt seit der Beendigung des Weltkrieges hat auch das Anwachsen der Glühlampenherstellung beschleunigt.

Die monopolartige Beherrschung der internationalen Märkte durch den europäischen und außereuropäischen Elektrizitätskonzernen ist nicht zu erwarten, daß es Polen gelingen könnte, die Konkurrenz des Auslands auf seinen Binnenmärkten zu brechen. Auf jeden Fall würden die für einen solchen Fall aufzubringenden Opfer durch Neuinvestitionen der Produktion und Preisbelastungen des Konsums in seinem Verhältnis zum denkbaren volkswirtschaftlichen Nutzen stehen, vielmehr die wünschenswerte Elektrifizierung des Landes behindern.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 20. September auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 19. September. Danzig: Überweisung 57,83 bis 57,95, bar —. Berlin: Überweisung gr. Scheine 47,21 bis 47,33, gr. —. Prag: Überweisung 455,00. Wien: Überweisung 79,13. Paris: Überweisung —. Zürich: Überweisung 57,90. Mailand: Überweisung —. London: Überweisung 26,18. Copenhagen: Überweisung 36,50. Stockholm: Überweisung 74,75. Oslo: Überweisung 77,25.

Warschauer Börse vom 19. Septbr. Umsatz, Verlauf — Kauf. Belgien 124,19, 124,50 — 123,88, Belgrad —, Berlin 211,25, 212,25 — 210,25, Budapest —, Bukarest —, Danzig 172,80, 173,23 — 172,37, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,60, 359,50 — 357,70, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 26,15, 26,28 — 26,02, Newport 5,22, 5,25 — 5,19, Oslo —, —, —, Paris 34,86, —, 34,95 — 34,78, Prag 22,00, 22,05 — 21,95, Riga —, Sofia —, Stockholm 134,85, 135,55 — 134,15, Schweiz 172,54, 172,97 — 172,11, Tallin —, Wien —, Italien 45,39, 45,51 — 45,27.

Berlin, 19. September. Uml. Devisenfurie. Newport 2,474 — 2,478, London 12,365 — 12,395, Holland 169,68 — 170,02, Norwegen 62,16 bis 62,20, Schweden 63,78 — 63,90, Belgien 5,845 — 5,865, Italien 21,48 bis 21,52, Frankreich 16,495 — 16,535, Schweiz 81,63 — 81,79, Prag 10,44 bis 10,46, Wien 48,95 — 49,05, Danzig 81,82 — 81,98, Warschau 47,35 — 47,45.

Die Beurlaubung des Landesbischofs Wurm

Eine Woche, bevor die Reichskirchenregierung die Eingliederungsakte in die Reichskirche durch die feierliche Einführung des Reichsbischofs abschließen will, wird die Öffentlichkeit überrascht durch die Beurlaubung des württembergischen Landesbischofs D. Wurm. Am 5. September war bekanntlich der Oppositionsbewegung der bayerischen und württembergischen Kirche in ihrer offiziellen Form durch die Eingliederungsverordnung ein Ende gemacht worden. Dabei waren besonders in Württemberg der Finanzreferent der württembergischen Landeskirche, Oberkirchenrat D. Schaußler (Stuttgart) und einige andere Herren der Kirchenseitung beurlaubt worden. Der Vorwurf, daß Gelder der Landeskirche für nicht ordentliche Kirchenzwecke verwandt worden sein sollen, wird nun als Ursache für die Suspendierung D. Wurms angegeben.

Während D. Wurm, der in ganz Deutschland vor allem auch in früheren Jahren schon durch seinen Kampf gegen die besonders in Süddeutschland damals aktiven religiösen Sozialisten sich einen Namen gemacht, nun vorläufig seines Amtes enthoben ist, veröffentlicht der ebenfalls beurlaubte Finanzreferent der württembergischen Kirche eine längere Denkschrift, in der über den Verbleib der beanstandeten Kirchengelder Auskunft gegeben wird. Daraus erfährt man, daß seit etwa neun Jahren in der landeskirchlichen Finanzverwaltung eine kirchliche Hilfskasse existiert, die heute einen Bestand von etwa 230 000 Reichsmark hat. Über die Verwendung dieser Gelder wurde jeweils im ständigen Ausschuß des Landeskirchentags und auch dem Kultusministerium Rechenschaft abgelegt. Der ursprüngliche Plan, diese Kasse im April 1934 bei der Kürzung der Pfarrergehälter anzugreifen, wurde im Hinblick auf zu erwartende größere Notstände wieder aufgegeben.

Nach der Denkschrift D. Schaußlers sei dieser Notstand aber am 5. September, als die Reichskirchenregierung gegen den Willen der Landeskirchenleitung die Einweisung in die Reichskirche verordnet habe, erfüllt gewesen. Im Bericht heißt es nun wörtlich: „Der verantwortliche Beamte des Oberkirchenrats handelte daher recht und pflichtgemäß, wenn er in diesem Zeitpunkt den zur Verfügung des Oberkirchenrats stehenden Betrag von 230 000 RM zur Verwendung durch den rechtmäßigen Landesbischof sicherstellte, indem er die Summe von 200 000 RM an die Basler Missionssagentur in Stuttgart und die 30 000 RM an die Bekennnisynode in Bad Deynhausen je „zu trennen Häiden“ mit der Bestimmung überwies, daß sie „zur Verfügung des Landesbischofs Wurm stehen. Von einer unrechtmäßigen Verschiebung amtlicher Gelder kann deshalb gar keine Rede sein.“ Hierzu wird weiter festgestellt, daß die Basler Mission großenteils eine württembergische Mission sei und ohne Erlaubnis der Devisenstelle weder Geld ins Ausland bringen könne oder überhaupt wolle. In dem Betrag, der nach Deynhausen verschickt worden ist, erfährt man, daß die württembergische Kirche gegenüber der Bekennnisynode gewisse finanzielle Verpflichtungen habe.

Der Gang der Ereignisse aber entwickelte sich scheinbar schneller, als es erwartet werden konnte. Und als die Vertreter der Landeskirche merkten, daß ihnen aus ihrem Verhalten politische Verwicklungen drohten, schlugen sie selbst dem Kultusministerium eine außerordentliche Nachprüfung der landeskirchlichen Rechnungen durch staatliche Beamte vor und erklärten sich auch bereit, die Gelder wieder an ihre Ursprungsstelle zurück-

zuführen, wenn die Kontrolle unter dem Gesichtspunkt geführt würde, ob alle beanstandeten Ausgaben kirchlichen Zwecken gedient hätten.

Die Reichskirchenregierung hat nun, wie bereits gemeldet, den Landesbischof Wurm beurlaubt, und an seiner Stelle den Württemberger Stadtpräfarrer Kraus mit der Wahrung der Geschäfte des Landesbischofs betraut.

Was aus dem als Reichskirchen-Kommissar nach Stuttgart entsandten Konsistorialpräsidenten Walzer geschieht, steht dahin. In Berlin verlaufen auf dem Konsistorialpräsidium, Walzer sei auch beurlaubt.

Landesbischof Wurm, der von dem Vorwurf, kirchliche Gelder für andere Zwecke verwendet zu haben, vollkommen gereinigt dasteht, hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen.

Sämtliche dem Pfarrernothbund angehörigen Geistlichen haben sich voll und ganz hinter ihm gestellt. Sie weigern sich den Dienstfeld zu leisten, der von allen kirchlichen Beamten bis zum 21. September abgelegt werden muß.

Das Wichtigste aber an dem ganzen Kampf, der gegenwärtig in Württemberg ausgetragen wird, wird jetzt schon eine Rede, die der Reichswalther der Reichskirchenregierung, der von der Bekennnisynode besonders scharf bekämpfte Ministerialdirektor Jäger in Stuttgart hielt, in der er in den kirchlichen Angelegenheiten einen Weg zu weisen sucht. Er führte in einer längeren Ansprache aus, die Pastoren müßten sich endlich daran gewöhnen, die Wortverkündigung der deutschen Weltanschauung sei in diesem Sinne gleichzusehen mit der nationalsozialistischen Weltanschauung. Weiter erklärte Jäger, das Ziel der Kirchenregierung sei noch immer das gleiche, das der Reichsbischof bei der letzten Kundgebung der Deutschen Christen im Berliner Sportpalast dahin ausgedrückt habe: „Ein Reich, ein Volk, eine Kirche.“

Die kirchliche Opposition nimmt nun an, daß die Erklärung Jägers nicht anders anzusehen sei, als daß die Reichskirche eine Vereinigung des evangelischen und katholischen Glaubens anstrebe.

Auch in Berlin geht der Kampf in unverminderter Schärfe weiter.

Die Mitglieder des Pfarrernothbundes haben dort gleichfalls den Eid noch nicht abgelegt. Sie sind darauf gefasst, mit den schärfsten Maßnahmen angepackt zu werden, bleiben aber nach wie vor fest dabei, sich nicht zu fügen.

Der Pfarrernothbund wird auch bei der am 23. September stattfindenden feierlichen Einführung des Reichsbischofs nicht anwesend sein. Um festzustellen, wer an der Feier nicht teilnimmt, wird in der Sakristei des Doms eine Anwesenheitsliste aufgelegt werden, in die jeder Teilnehmer sich einzutragen hat.

Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, ist der Landesleiter der Deutschen Christen im Rheinland, Landrat a. D. Dr. Krumbacher, einer der schärfsten Vorkämpfer des Reichsbischofs, von seinem Posten zurückgetreten, angeblich, weil weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Reichsbischof und dem Kurs der Reichsleitung bestanden.

Vie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, hat der deutsch-christliche Landesbischof von Hessen einer seiner höchsten Geistlichen, dem Oberkirchenrat Bentgraf auf einer Versammlung zu sprechen verboten, weil auch Pastor von Bodelschwingh dort reden sollte.

Die Nationalitäten in Polen.

Der polnische Vorstoß gegen das Minderheitenschutzsystem von Genf, die Forderung des Außenministers Beck, die Minderheitenschutzverpflichtung auf alle Staaten des Völkerbundes auszudehnen, während gleichzeitig Polen seine vertraglich eingegangenen Verpflichtungen so lange nicht anerkennen will, als seine Forderung von den Mitgliedern des Völkerbundes nicht angenommen ist, lenkt die Aufmerksamkeit auf die nationale Zusammenhang des polnischen Völkerstaates.

Von amtlicher polnischer Seite wird zugegeben, daß von den 32 Millionen Einwohnern des Polnischen Staates etwa 9 bis 10 Millionen den Minderheiten zuzurechnen sind. Die Minderheiten selbst behaupten, mindestens 14 Millionen Köpfe zu zählen. Die Zahl der Deutschen wird mit 1100000 angegeben. Sie dürfte stimmen, denn seit dem Umsturz von 1918/19 sind Hunderttausende von Deutschen abgewandert. Die Zahl der Ukrainer wird amtlich mit 8900000 angegeben, was auf keinen Fall stimmt. Die Ukrainer selbst wollen 7 bis 8 Millionen zählen, 6 Millionen dürften sie auf jeden Fall ausmachen. Ähnlich liegt der Fall bei der weißrussischen Minderheit. Die polnische amtliche Zählung kennt nur etwas über eine Million Weißrussen, diese selbst behaupten, über 2 Millionen stark zu sein. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Nicht vergessen werden darf die jüdische Minderheit, die in einigen Städten nach hunderttausenden zählt und im ganzen fast 3 Millionen beträgt. Auch eine litauische Minderheit kann Polen aufweisen.

Die Lage aller Minderheiten in Polen ist nicht gut.

Kolonialslager für Streikende.

Aus dem Staate Georgia wird gemeldet, daß die Streiklage im Laufe der letzten Tage eine ungewöhnliche Verschärfung erfahren hat, so daß im ganzen Staate der Belagerungszustand verhängt worden ist. Der Gouverneur des Staates Georgia hat angeordnet, in Atlanta ein Konzentrationslager zu errichten, in dem die während der Unruhen verhafteten Demonstranten untergebracht werden sollen. Bis jetzt befinden sich in dem Lager 150 Personen, darunter 120 Frauen.

Dieses Lager wurde während des Weltkrieges zur Internierung der deutschen Kriegsgefangenen benutzt und diente nach dem Kriege zur Unterbringung von Negern. Das ganze Gebiet des Lagers ist mit starken Drahtverhauen umgeben und steht unter Bewachung der Nationalgarde. Für streikende Terroristen wurde außerdem ein Kriegsgericht eingesetzt, das in beschleunigtem Verfahren die Angeklagten dem Konzentrationslager zuweist. Mit dem Beginn der dritten Woche des Weberstreites beträgt die Gesamtzahl der Streikenden über eine halbe Million.

zuführen, wenn die Kontrolle unter dem Gesichtspunkt geführt würde, ob alle beanstandeten Ausgaben kirchlichen Zwecken gedient hätten.

Die Reichskirchenregierung hat nun, wie bereits gemeldet, den Landesbischof Wurm beurlaubt, und an seiner Stelle den Württemberger Stadtpräfarrer Kraus mit der Wahrung der Geschäfte des Landesbischofs betraut.

Was aus dem als Reichskirchen-Kommissar nach Stuttgart entsandten Konsistorialpräsidenten Walzer geschieht, steht dahin. In Berlin verlaufen auf dem Konsistorialpräsidium, Walzer sei auch beurlaubt.

Landesbischof Wurm, der von dem Vorwurf, kirchliche Gelder für andere Zwecke verwendet zu haben, vollkommen gereinigt dasteht, hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen.

Sämtliche dem Pfarrernothbund angehörigen Geistlichen haben sich voll und ganz hinter ihm gestellt. Sie weigern sich den Dienstfeld zu leisten, der von allen kirchlichen Beamten bis zum 21. September abgelegt werden muß.

Das Wichtigste aber an dem ganzen Kampf, der gegenwärtig in Württemberg ausgetragen wird, wird jetzt schon eine Rede, die der Reichswalther der Reichskirchenregierung, der von der Bekennnisynode besonders scharf bekämpfte Ministerialdirektor Jäger in Stuttgart hielt, in der er in den kirchlichen Angelegenheiten einen Weg zu weisen sucht. Er führte in einer längeren Ansprache aus, die Pastoren müßten sich endlich daran gewöhnen, die Wortverkündigung der deutschen Weltanschauung sei in diesem Sinne gleichzusehen mit der nationalsozialistischen Weltanschauung. Weiter erklärte Jäger, das Ziel der Kirchenregierung sei noch immer das gleiche, das der Reichsbischof bei der letzten Kundgebung der Deutschen Christen im Berliner Sportpalast dahin ausgedrückt habe: „Ein Reich, ein Volk, eine Kirche.“

Die kirchliche Opposition nimmt nun an, daß die Erklärung Jägers nicht anders anzusehen sei, als daß die Reichskirche eine Vereinigung des evangelischen und katholischen Glaubens anstrebe.

Auch in Berlin geht der Kampf in unverminderter Schärfe weiter.

Die Mitglieder des Pfarrernothbundes haben dort gleichfalls den Eid noch nicht abgelegt. Sie sind darauf gefasst, mit den schärfsten Maßnahmen angepackt zu werden, bleiben aber nach wie vor fest dabei, sich nicht zu fügen.

Der Pfarrernothbund wird auch bei der am 23. September stattfindenden feierlichen Einführung des Reichsbischofs nicht anwesend sein. Um festzustellen, wer an der Feier nicht teilnimmt, wird in der Sakristei des Doms eine Anwesenheitsliste aufgelegt werden, in die jeder Teilnehmer sich einzutragen hat.

Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, ist der Landesleiter der Deutschen Christen im Rheinland, Landrat a. D. Dr. Krumbacher, einer der schärfsten Vorkämpfer des Reichsbischofs, von seinem Posten zurückgetreten, angeblich, weil weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Reichsbischof und dem Kurs der Reichsleitung bestanden.

Vie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, hat der deutsch-christliche Landesbischof von Hessen einer seiner höchsten Geistlichen, dem Oberkirchenrat Bentgraf auf einer Versammlung zu sprechen verboten, weil auch Pastor von Bodelschwingh dort reden sollte.

Kleine Rundschau.

Die falsche „Großfürstin Tatjana“

ist mit ihrem Kumpan, dem angeblichen Arzt Dr. Krasowski, von Jugoslawien nach Österreich abgeschoben. Die „Großfürstin“ gestand nach mehrtagigem Verhör, daß sie auf Grund einer gewissen Ähnlichkeit mit der Baronin und wegen der Eintrönigkeit des Warschauer Klosterlebens auf die Idee gekommen sei, sich als „Großfürstin Tatjana“ auszugeben, um mit ihren Memoiren ein Geschäft zu machen. Sie habe sich Krasowski zum Manager genommen, mit dem sie den Gewinn teilen wollte. Krasowski hatte deshalb Süßslawien als Arbeitsgebiet gewählt, weil dort zahlreiche russische Emigranten leben, auf deren Leichtgläubigkeit er spekuliert.

*

Riesiger Dachstuhlbrand in Berlin.

In dem großen Verwaltungsgebäude der Victoria-Versicherung in Berlin, unweit vom Halleschen Tor, brach ein gewaltiger Dachstuhlbrand aus, der sich sehr schnell über die ganze Länge der Hauptfront, etwa 70 Meter, und in einer Tiefe von 15 Metern ausdehnte. Zur Bekämpfung des Feuers wurden zunächst 5 Flüge der Wehr alarmiert, zu denen alsbald noch ein sechster kam. Die Löschmannschaften gingen über fünf mechanische Leitern gegen den Brand vor. Es rasteten große Löken in die Dachbedeckung geschlagen werden, um dem heissenden Quälmal Abzug zu verschaffen und an den Brandherd heranzukommen. Als 11 Rohren wurde Wasser gegeben. Die Bemühungen der Wehr, den Brand einzudämmen, waren in der ersten Viertelstunde ziemlich erfolglos, da sich bis dahin das Feuer an dem trockenen Gebäude und dem auf dem Dachboden lagern Altematerial so weit durchgesessen hatte, daß die hellen Flammen aus dem Dach herauschlüpfen. Sechs Feuerwehrleute erlitten mehr oder weniger schwere Rauchvergiftungen und mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Nach 2 Stunden war es der angestrengten Arbeit der Wehr gelungen, das Feuer einzukreisen.

*

3000 Morgen Wald in Flammen.

Hilfhorn (Hannover), 19. September. Ein Waldbrand im weißen Moor, der schon am Montag entdeckt wurde, entwickelte sich zu einem Großfeuer, von dem 3000 Morgen Wald, Heide und Moor ergriffen worden sind. Leider hatten die Siedler, die im weißen Moor wohnen, zunächst geglaubt, allein des Feuers Herr werden zu können. Erst als sie sahen, daß ihre Siedlungshäuser in unmittelbarer Gefahr schwebten, verständigten sie den Freiwilligen Arbeitsdienst, der sofort eingesezt wurde, um an der Südseite des Brandherdes Dämme aufzuwerfen und Gegenfeuer zu entfachen, um auf diese Weise den Flammen Einhalt zu gebieten. Die Siedlung selbst befand sich am Dienstag mittag bereits außer Gefahr.

Wer nicht liest, der lebt nicht —

Wer nicht vorwärts geht, der bleibt zurück —

Wer keine Zeitung hält, schaltet sich aus

aus dem Geschehen in der Welt.

— Noch heute können Sie die „Deutsche Rundschau“ bestellen, das führende deutsche Blatt in Polen.

Postbezugspreis für den Monat Oktober . . . 3,89 zt

für das 4. Quartal . . . 11,66 zt

Unwetterschäden

im Harz

Am Montag entlud sich über Quedlinburg und dem ganzen Ostharzgebiet ein schweres Unwetter, das erheblichen Schaden anrichtete. Häufige Gewitter waren von wolkigen Bruchartigen Regengüssen begleitet. Die Wasserläufe schwollen schnell an. In Quedlinburg wurde vor allem das Reichsbahngelände in Misereidenschaft gezaubert. Der Blitz schlug dreimal in das Empfangsgebäude des Bahnhofs ein, glücklicherweise ohne zu zünden. Durch einen weiteren Blitzaufschlag wurde das Stellwerk heimgesucht, wo die Schalttafel zerstört wurde. Alle dienstfreien Kräfte der Reichsbahn wurden zur Wiederinbetriebsetzung der verschlammten Weichen und Schienen eingesetzt. Die Strecke Quedlinburg-Suderode mußte vorübergehend für den Zugverkehr gesperrt werden, da sich herausstellte, daß sie an mehreren Stellen von den Wassermassen unterspült worden war. Die Reichsbahn rückte schnell mit Hilfe von Postomnibusen einen Pendelverkehr ein. Auf den Fluren haben die Wassermassen erhebliche Verheerungen angerichtet. Die Chausseen sind auf großen Strecken überflutet und verschlammt. Die Felder der großen Samenzüchterei in der Umgebung Quedlinburgs bildeten einen großen See.

Und im Erzgebirge.

Ein furchtbare Unwetter hat das östliche Erzgebirge heimgesucht. Noch 5 Stunden nach dem Unwetter lag der Hagel hoch aufgeschichtet auf den Feldern. Besonders stark wütete Hochwasser im Tal des Oberfrauendorfer Wassers und des Lungwitz-Baches. In Ober- und Niederfrauendorf und Reinhardtsgrimma konnten sich viele Bewohner nur mit Mühe retten. Vieles ist ertrunken. Die Straße, die durch diese Orte talwärts führt, ist an verschiedenen Stellen weggerissen, an einer Stelle nahezu zerstört. Da in Niederfrauendorf auch die Brücke der Bezirkstraße Dippoldiswalde-Glashütte weggespült wurde, ist die direkte Verbindung zwischen diesen beiden Orten unterbrochen. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks eilten die Feuerwehren der Umgebung herbei, bargen, soweit möglich, das Vieh, räumten die Wohnräume aus und pumpen die Keller leer. Auch die SA wurde alarmiert und half tatkräftig mit, wie überhaupt die Hilfsbereitschaft außerordentlich groß war. Bis in die Nacht hinein wurde emsig gearbeitet. Besonders schwer heimgesucht wurde auch das Wildcafé in Niederfrauendorf mit der danebenstehenden Schmiede. Hier haben die aus den Tälern zusammenströmenden Wassermengen alles was nicht niet- und nagelfest war mit fortgerissen. Zwei Schuppen wurden zerstört und ein Schuppen mit einem darin stehenden Kraftwagen etwa 50 Meter weit fortgerissen.

Auf die Kunde von den schweren Unwetterschäden im östlichen Erzgebirge hat sich die Sächsische Staatsregierung sofort an Ort und Stelle begeben, um einen Überblick über die Schäden zu gewinnen und sich ein Bild davon machen zu können, welche Hilfmaßnahmen getroffen werden müssen. Wie bekannt geworden ist, beabsichtigt die Sächsische Staatsregierung eine Hilfsaktion einzuleiten, um dort einzutreten, wo dringende Hilfe notwendig sein wird.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

G. R. P. Die Berechnung des Kapitals durch den Schuldner ist richtig; das Kapital beträgt 800 Zloty; die Zinsen kann der Gläubiger für die ersten 4½ Jahre zu 4,5 Prozent beanspruchen, was 180 Zloty ausmacht, so daß im ganzen 980 Zloty zu zahlen sind. Die Frage, ob Sie persönlicher Schuldner sind, spielt bei der ganzen Sache keine Rolle.

Handwerker. 1. Sie können nur an Konsumenten verkaufen. 2. Der Handwerker, der nur gegen Lohn arbeitet, braucht kein Patent, muß aber von dem, der ihn beschäftigt, zur Versicherung gemeldet werden.

Vore 101. 1. Diese Gerüchte gehen schon seit Monaten um, wenn auch in etwas anderer Form. Sie sind Kennzeichen gewisser Tendenzen, denen aber unserer Ansicht nach keine Bedeutung kommt. 2. Das durch das Gesetz vom 29. 3. 33 verfügte Moratorium für gewisse Hypotheken erlischt am 30. September 1934; es liegt bisher kein Anzeichen dafür vor, daß es verlängert wird.

„Talerleiden.“ Wir fürchten, daß Ihre Ansprüche sowohl gegenüber der Berufsgenossenschaft, als auch nach der anderen Seite hin verjährt sind. Aber versuchen können Sie es immerhin, sie geltend zu machen.

„Kolo.“ Zunächst bleiben Ihre durch die Versicherung erworbene Rechte, ohne daß Sie etwas tun, ohne weiteres 18 Monate nach Ende der Zwangsversicherung gewahrt. Zu den 18 Monaten zählt u. a. nicht die Zeit, in der Sie infolge der Unmöglichkeit, eine entsprechende Beschäftigung zu finden, ohne Beschäftigung sind, die Versicherungspflicht nach sich zieht, falls Sie während dieser Arbeitslosigkeit Beziehungen des Arbeitsvermittlungsamtes vorlegen, daß es Ihnen unmöglich war,

D. J.

Un alle Mitglieder des „D. J.“

D. J.

Die „Deutsche Vereinigung“ ist genehmigt. —

Getreu unseren grundsätzlichen Erklärungen bei Gründung des D. J. und in klarer Erfüllung übernommener Verpflichtungen entlassen wir Euch alle aus unserer Organisation und führen Euch geschlossen der „Deutschen Vereinigung“ zu. Jeder aufrechte Deutsche gehört jetzt in die „Deutsche Vereinigung“, deren Mitgliedskarte die Ehrenkarte aller Deutscher ist.

Kameraden und Kameradinnen! Wir danken Euch alle für Eure Treue und Mitarbeit in verworrenster Zeit. Ihr alle habt durch Gemeinsinn und Disziplin geholfen, unser Volkstum vor Zerschlag zu schützen und es im Geiste der neuen Zeit umzuformen, soweit sich dies mit den Pflichten des positiv-loyalen Bürgers gegenüber Staat und Regierung vereinbaren lässt.

Wir sind gewiss, daß Ihr getreu unserer nationalsozialistischen Weltanschauung uneigennützig den Leitern der „Deutschen Vereinigung“ mit Opfermut und Gemeinsinn folgen und mit allen gutwilligen deutschen Brüdern und Schwestern in der „Deutschen Vereinigung“ eine auf Gesinnungsgemeinschaft, nicht auf Neuerlichkeiten beruhende Volksgemeinschaft bilden werdet. Vergebt Zant, Hader und erlittenes Unrecht und seht in jedem Volksgenossen den Bruder.

Bleibt getreu unserm Grundsatz: Nichts für mich, alles für mein Volk!

Volk Heil!

Deutscher Jungblock (D. J.) in Polen.

Blenkle. Coelle. Damm. Fredenhagen. Goetz. Kleinschmidt. v. Koerber. Laengner. Liedtke. Thom. Ritter. Thart.



„TITANIA“
die Königin
der Milchzentrifugen
übertrifft in Halt-
barkeit u. Ausführung
mit Bronzestellertrom-
mel und vernickelten
nicht rostenden Blech-
gefäßern, erhältlich bei
W. Gierozyński i Ska,
Poznań, sw. Marcin 13
Ersatzteile für sämtl. Systeme auf Lager. 6398



„Erifa“
die beste kleine deutsche Schreib-
maschine liefert mit Garantie
Skóra i S-ka
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 23. 6425



B.-Gaatweizen
1. Absaat, abzugeben.
Virschel, Olszewka 6. Nalco.



Heirat
Für sämtliche
Dachdeckerarbeiten
aus, sowie auch
Dachrinnen.
P. Wiese, Bydgoszcz,
Dachdeck. u. Klempner,
Dole, Scieza 1.

Liefern billig sofort
runde und vierseitige

Rörbe
für Obst.
Frankowit. Rowe,
Bomorze.

6519



Nach den starken
Niederschlägen
der letzte Woche
jetzt günstigste
Pflanzzeit
für:
Koniferen
Spargelpflanzen
(Ruhm von
Braunschweig)
Erdbeerpflanzen
(i. 8 erprob. Sort.)

Rhabarber
(Queen Victoria)

Robert Höhne
Ogrodnictwo T. z o. p.

Bydgoszcz,
Jagiellonka 16.

Tel. 42. 6177



12 Wagon hat abzu-
geben

Landwirtschaftliche
Zentralgenossenschaft.
Filiale Repno.

6524

Höherer Beamter,
Akademiker, 36, sucht
fröhli. Mädel. Stabrey,

Berlin, Stolpische Str.

6348

„Die Fahrt ins weiße Land“

Geldmarkt

120 000 Zloty
als erste Hypothek auf
2000 Morg. großes Gut
in hoh. Kultur, gejucht,
auch in kleineren Be-
träg. zu gleich. Rechten.
Off. unter C. 6359 an
die Geschäftsl. d. Ztg.

15 000 Zloty
zur Ablösung v. 1. Hyp.
auf grob. stadt. Fabrik-
grundstück u. Wohn-
haus gelüftet. Off. erb.
unt. L. 6408 a. d. G. d. Zt.

Offene Stellen

Suche zum 1. Oktbr.
1934 bestempföhnen,
unverheirateten, evgl.

Hilfsförster

Zum 15. 10. für Stadt-

hauswahl perfekte, zu-

verlässige

Rödjin - Wirtin

mit langjährig. Zeug-
nissen gefücht. Gehalts-
forderung. Ausführ-
liche Schriftl. Meldungen
erbittet

5474

Graf Schwerin

von Schwanenfeld,

Sartowice,

powiat Świecie.

Suche per 1. 10. ein-
fachen, evangelischen,
ledigen

6505

Wirtschafter

der die Leutebeaufsich-
tigung zu übernehmen
hat. Gefl. Angebote mit
Gehaltsförderung und
Zeugnisaufdr. erbittet

Wollmann,

Semiantwo, n. Świecie,

nad Osą, pw. Grudziądz.

Suche per 1. 10. ein-
fachen, evangelischen,
ledigen

6487

älterer Herr

gelucht zur Marten-

ausgabe in Kartofel-

ernte für einen Monat.

Temne, Wegrowo

(Grudziądz).

Suche per 1. 10. ein-
fachen, evangelischen,
ledigen

6470

Aelterer Formier

lernen zu lernen. Off.

unter D. 6424 an die

Geschäftsl. d. Zeitg. erb.

Landwirt

30 Jahre alt, evangl.

30 000 zt. Vermög., lucht

Damenbekanntschafft

zweds Einheit in

Landwirtsch., v. 250 Mg.

aufw. Off. unt. A.

3118 an die Gft. d. Ztg.

Landwirtschaftl.

Grand Café

Brodnica n.Dr. 6493

Jung. Mann, nicht unt.

163, evgl., nur v. außer-

halb, aus guter Familie

in poln. Sprachkenntn.

welcher Lust hat, das

Bücherhandwerk

z. erlernen. kann sich meld.

u. B. 3177 a. d. G. d. Ztg.

sucht

fröhli. Mädel. Stabrey,

Berlin, Stolpische Str.

6348

sucht

fröhli. Mädel. Stabrey,

Stabrey, Stolpische Str.

6348

sucht

fröhli. Mädel. Stabrey,